

Volkswoch

für Schlesien · Organ für die werktätige B.

Die „Volkswoch“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 33 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 5852. D.

Gegen Hitlerbarone

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
EINIGKEIT

Pl., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Verammlungs- und Wohnungs- 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Redaktion Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Reibaktion Nr. 217 38. r. Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben.

so beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

13. Jahrgang

Donnerstag, den 25. August 1932

Nr. 199

Wapens Regierungspläne

Reichstagsauflösung und Neuwahlen im Oktober? — Wenn notwendig, abermalige Auflösung und Ausschreibung einer Volksabstimmung über Schaffung eines Oberhauses oder Senats, sowie die Heraufhebung des Wahlalters

Paris, 25. August.

Der „Petit Parisien“ will von einem Vertrauensmann aus der nächsten Umgebung des Reichsfanzlers von Wapens das genaue innenpolitische Programm der Reichsregierung für die nächsten Monate erfahren haben.

Nach dem Zusammenritt des Reichstags werde die Reichsregierung am 5. September ihre Regierungserklärung verlesen, der dann die allgemeine Aussprache folgen werde. Da man voraussetze, daß die Aussprache mit einem Mißtrauensvotum ende, werde sie vorzeitig abgebrochen und der Reichstag aufgelöst werden. Ende Oktober würden dann Neuwahlen stattfinden unter der Parole „für einen arbeitsfähigen Reichstag“. Wenn auch der neue Reichstag, wie vorausgesehen wäre, wiederum arbeitsunfähig sein sollte, würde auch er kurz nach seinem Zusammentritt aufgelöst werden. Dann aber würde Reichspräsident von Hindenburg eine allgemeine Volksabstimmung ausschreiben mit folgendem Programm:

Das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen und ein Oberhaus oder einen Senat einzurichten. Der „Petit Parisien“ fügt hinzu, daß die Reichsregierung über dieses Programm vollkommen einig sei, nachdem jede Hoffnung auf eine Mitwirkung Hitlers an der Regierung ausgeschlossen sei.

Keine Verdoppelung der Bürgersteuer

Vom Deutschen Städtetag wird uns mitgeteilt: Der Deutsche Städtetag hat die Reichsregierung gebeten, die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1932 von Oktober 1932 ab in sechs Raten einzahlen zu lassen. Von einem Teil der Presse wird dazu behauptet, daß dieser Antrag eine Verdoppelung der Bürger-

steuer bezwecke oder bedeute, da die Bürgersteuer für 1932 schon in den Monaten Januar bis Juni 1932 erhoben sei. Diese Behauptung beruht auf einem Irrtum: In den Monaten Januar bis Juni 1932 ist erst die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben worden. (Das Rechnungsjahr läuft bekanntlich vom 1. April bis 31. März.) Der für die Gemeinden ebenso wie für den Steuerzahler unmögliche Zustand, daß eine Steuer zur Hälfte erst im nachfolgenden Rechnungsjahre zur Erhebung kommt, soll auf Wunsch der Städte dadurch beseitigt werden, daß die Bürgersteuer für 1932 vom Oktober 1932 bis März 1933 eingezogen werden. Eine Erhöhung oder gar Verdoppelung der Bürgersteuer erfolgt dadurch nicht. Die Gemeinden sind bei ihrer äusserst schwierigen Finanzlage darauf angewiesen, daß die für das

Rechnungsjahr bestimmten Steuern auch in demselben Rechnungsjahr eingehen, damit vor allem die Arbeitslosenunterstützungen bezahlt werden können.

Attentat auf den italienischen Gesandten in Reval

Der italienische Gesandte in Estland, Graf Tosti, wurde von einem Angestellten der Gesandtschaft bei einem Wortwechsel angegriffen und mit einem Rasiermesser im Gesicht ermt aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Angestellte, der Italiener ist, wurde von der Polizei verhaftet.

Der Reichsfanzler mag gut zuhören

Eine Warnung aus Württemberg

Der Weg abseits der Verfassung ist leicht beschritten, aber niemand weiß, wohin er führt

Stuttgart, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

In einem umfangreichen Spitzartikel erörtert das Landesorgan des württembergischen Zentrums die politische Lage und sagt zu den in den letzten Tagen bekannt gewordenen Plänen der Reichsregierung auf Abänderung der Reichsverfassung, insbesondere hinsichtlich der Reichsreform:

„Auf nichts könnte sich die Regierung bei dem Versuch, eine Verfassungsreform durchzuführen, stützen als auf ihren diktatorischen Willen. Möge ein guter Genius sie und das deutsche Volk davor bewahren, daß sie einen solchen Weg beschreiten! Welche Rechtsverpflichtung könnte denn eine mit dem Artikel 48 dem deutschen Volk aufgezwungene Verfassung haben? Sieht die Regierung nicht wie rasch eine gewisse Partei ihre ohnehin problematische Legalität aufgeben würde, wenn die von deutschnationaler Seite geforderte „Revolution von oben“ einsetzte? ... Der Weg des Kabinetts wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bloß zu einer Ignorierung des Reichstags und seines Votums, sondern zur Auflösung des Parlaments führen. ... Da eine Neuwahl unter dem gegenwärtigen Wahlrecht keine starke Veränderung in den Mehrheitsverhältnissen bringen könnte, würde eine solche Neuwahl nicht mehr statfinden. Vielleicht gibt es Kräfte, die auf dieses Ziel zusteuern, um dann dem Volke sagen zu können: „Ihr seht es, mit dem Reichstag ist nichts zu machen. Was bleibt uns anderes übrig als ohne ihn zu regieren?“ ... Ohne Reichstag, ja gegen seinen ausdrücklichen Willen, wird sich die Regierung dann an die Ausführung ihrer Pläne begeben. Was ist zu erwarten? Die sehr tiefgreifende Veränderung des Wahlrechts, die so schwierige Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, die heftig umstrittene Schaffung eines Oberhauses. Und schließlich als das Schwerwiegendste die Frage der Staatsform überhaupt, die Wiedereinführung der Monarchie. Wäre es ein bloßes Gerücht, was darüber verlautet, würden wir diese Möglichkeit hier nicht nennen. Aber es handelt sich um mehr als ein bloßes Gerücht. Die Männer des aus langer Hand vorbereiteten Kabinetts haben sehr weitreichende Pläne. Sie fühlen sich auch sehr stark. Aber sie würden sich über die Wirkung der Parole: „Wiederaufrichtung der Monarchie“ wundern. Wer dem deutschen Volke jetzt Brot und Arbeit die Monatslöhne wiedergeben möchte, der spielt nicht mit dem Feuer, er legt Feuer an das Haus des deutschen Volkes. Die verantwortlichen Stellen seien darum

Revolten in DS.

Scharfe Maßnahmen des Oberpräsidenten

In Beuthen

Die vorwiegend durch herangeholte SA-Mannschaften und aufreizende Nachrichten aufgeputzte Stimmung im ober-schlesischen Industriegebiet, besonders in Beuthen, wurde gestern bis zur Siedehitze gesteigert. Der bolivianische Oberst Köhm beauftragte im Auftrage des Regierungsrat Hitler die Verurteilten und hielt darauf eine Ansprache an die vor dem Gerichtsgang verurteilten nationalsozialistischen Parteigänger, wobei er bombastisch erklärte, das Urteil „würde nicht vollstreckt werden“. Es wurde gesungen, gehöhlt und gebrellt: „Heraus mit unseren Gefangenen.“ Seltener Weise wurde hier trotz offensichtlichster Verletzung aller derzeit geltenden Vorschriften über öffentliche Versammlungen und Ansprachen von der Polizei nicht behindert. Die Menge vertiefte sich dann.

Gegen Abend aber kam es in Beuthen wiederum zu lebhafte Unruhen, da die „Diffront“ in einem Extrablatt mitgeteilt hatte, die Verurteilten würden in das Zuchthaus Groß-Strehlitz überführt.

Mit Lastautos und auf Motorrädern wurden zahlreiche Formationen der Bürgerkriegsarmee in der Stadt zusammengezogen, so daß zeitweise der Eindruck vorherrschte, die SA beherrsche Beuthen vollkommen.

Jeglicher Geschäftsverkehr wurde unterbunden; insbesondere blieben die üblichen Grenzgänger aus Polnisch-Schlesien gänzlich aus. Kinder mit Halbkreuzen geschmückt wurden von den Nazis um das Gefängnis herumgeführt, um zu Ehren der Mörder das Horst-Wessel-Lied zu singen und schließlich eine derartige Menge um das Gefängnis herum zusammengezogen, daß der Kommandant der im Laufe des Tages nach Beuthen beorderten zwei Hundertschaften Schupo, Major W. an der Berg, sich nun doch veranlaßt sah, Straße und Plätze räumen zu lassen, wobei es zu verheerenden Zusammenstößen kam. Gegen 9 Uhr abends zog eine große Abteilung SA brüllend vor das Volkshaus,

dem Verkehrslokal der sozialistischen Arbeiterschaft und zertrümmerte sämtliche Scheiben, während ein anderer Trupp sich mit den Fensterhebeln jüdischer Geschäfte beschäftigte.

Die Menge zog dann weiter geschlossen durch die Stadt, bis auch hier die Polizei mit Gummiknüppeln und Karabinern Ordnung schaffte. Ein Lastwagen der Nazi 47-173, der ständig unter großem Gedrüll durch die Straßen fuhr, wurde angehalten und die Insassen nach einem kurzen Handgemenge festgenommen. Die Polizei war in später Nachtstunde Herr der Lage und sicherte sämtliche Straßen durch starke Patrouillen.

und in Gleiwitz

In Gleiwitz kam es im Verlaufe des Mittwochs ebenfalls zu öffentlichen Demonstrationen der hier zusammengezogenen SA. In den Mittagsstunden besetzten sie die Bürgersteige der Hauptstraßen und bildeten dort Spalier. Später wurden sie bei der Abfahrt Köhms und des Anwalts Quegebrunn am Bahnhof zusammengezogen. Hier demonstrierten sie regelrecht, marschierten dann in geschlossenen Trupps durch die Hauptstraßen in das Innere der Stadt.

Gulafschel greift ein

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Gulafschel, hat noch in der Nacht eine Polizeiverordnung erlassen, nach der das gesamte innere Stadtgebiet in Beuthen für Versammlungen und jede Sammlung und Zusammenrottung sowie Versammlungsförderung mit Lastkraftwagen verboten ist. Angewandt würde ein für ganz Oberschlesien geltendes Verbot der Beförderung von Personen zu politischen Zwecken auf Lastkraftwagen erlassen.

aufs entschiedenste gewarnt, solche Gedanken zu erwagen!
Der Weg abseits der Verfassung ist leicht beschritten, aber niemand weiß, wohin er führt. Bald könnte er im Chaos enden, aus dem auch die Bajonette nicht mehr heraushelfen."

Hände weg von der Verfassung sagt die „Germania“

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, nimmt am Donnerstag in einem beachtenswerten Artikel, betitelt „Der Weg der Verfassung“, eingehend zu den Gerüchten Stellung, wonach der neue Reichstag kurz nach seinem Zusammentritt, ohne daß man ihn zu irgendeiner Entscheidung kommen lassen wolle, wieder aufgelöst werde und diese Auflösung der Auftakt sei zu einer Regierung ohne und gegen das Parlament. „Wir sind“, so erklärt die „Germania“, „gewiß die letzten, die sich der Erkenntnis von der Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung ver-

schließen. Wir erkennen insbesondere an, daß eine Veränderung des Wahlrechtes und eine Lösung der preussischen Frage zu den wichtigsten Aufgaben dieser Reformarbeit gehören. Aber für alles, was auf diesen Gebieten zu geschehen hat und auch geschehen muß, gibt es, wenn man nicht noch größeren Schaden anrichten will, nur einen Weg, nämlich den der Verfassung.

Die Mehrheit des deutschen Volkes sei dem Gedanken weitgehender Reformen keineswegs verschlossen. Sie verlange nur, daß sich alles auf verfassungsmäßigem Wege vollziehe. „Wir warnen deshalb auf das nachdrücklichste davor, daß die Reichsregierung von den verfassungswidrigen Ratschlägen, die ihr mit einem überaus verdächtigen Eifer von ihren Freunden erteilt werden, irgend welchen Gebrauch macht. Die Zentrumspartei und andere große Gruppen des Volkes würden jeden Versuch zu einem in den Methoden verfassungswidrigen „Umbau“ des Staates mit den schärfsten Mitteln bekämpfen und vor keinem Wege zurückschrecken, der einer solchen schwerwiegenden Situation angemessen wäre.“

Justizland, so daß er es von seiner Seite ablehnen mit den Gnadenwegen zu beschreiten. Ausgezeichnete, weil angebotene Beweismittel dafür beigebracht seien; daß der ermordete Pietzsch am Abend des 9. August zwischen 10 und 11 Uhr mit 12 Kommunisten einen SA-Mann mit Waffen überfallen habe, während Pietzsch behauptet wurde, Pietzsch habe bereits um 8 Uhr Bett gelehrt. Warum dem sonst in allen juristischen Gewissensheimlichen Zufahren-Anwalt die Erkenntnis nicht schon früher kommen ist, daß Pietzsch am Vorabend seiner Ermordung Leute überfallen habe, sagt er nicht. Ein politisches Kind muß sich doch sagen, daß das ein für die Prozedurführung außerordentlich wichtiges Faktum sein müßte. So liegt die Annahme nahe, daß der „Mörderfall“ nachträglich erfunden wurde, den Mörder moralisch zu entlasten.

Goebbels Dreckschleuder außer Funktion gesetzt

Wie der Berliner Volkspräsident mitteilt, ist das nationalsozialistische Berliner Organ „Der Angriff“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung des Reichskanzlers in der Mittwochnummer und wegen Anreizung zum Ungehorsam und Auflehnung gegen die Staatsgewalt in den beiden letzten Nummern mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 31. August verboten worden.

Kommt es überhaupt dazu?

Besprechungen über die Möglichkeit einer parlamentarischen Regierungsabklärung in Preußen sind zwischen Zentrumspartei und Nationalsozialisten verschiedentlich und öfters unterbrochen worden. So sollten solche Besprechungen am Dienstag erfolgen. Sie wurden aber abgelehnt, da die Nazis die Stimmkraft ihres Fraktionsvorsitzenden als Hindernisgrund vorbrachten. Nach Mitteilungen aus Zentrumskreisen hofft man, die Verhandlungen am Ende der Woche wieder aufnehmen oder gar zum Abschluß bringen zu können. Inzwischen erzählt das „V. V.“ aus Stuttgart, daß dort am Mittwoch eine Konferenz führender Zentrumsmänner, unter denen sich auch Brüning befand, sich mit der Regierungsfrage in Preußen und im Reich befaßte. Man rechnete auch mit dem Entziffern Gregor Strassers, um direkte Verbindungen zu knüpfen. Ob die Atmosphäre Hitlerscher Hysterie im Zusammenhang mit dem Beuthener Urteil überhaupt eine sachliche Führung nahe erlaube, werden die Zentrumsführer bald merken. Die Presse läßt bisher wenig Neigung für solche Verhandlungen erkennen.

Schwere Unruhen in Rio de Janeiro

London, 25. August.
In Rio de Janeiro sind im Anschluß an eine Antiriegenskundgebung schwere Unruhen ausgebrochen. Bei den Kämpfen, in denen Truppen mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vorgingen, wurden mehrere Personen getötet und viele verletzt.

SA. meutert

Rampf aller gegen alle in Eberswalde — Meuterei zwischen SA. und Parteileitung — Erpresser und Einbrecher das bewegende Element der Eberswalder Kampftruppe

Im Sturm 81 der Eberswalder SA. ist eine Meuterei ausgebrochen. Zahlreiche SA.-Leute verweigerten ihren Führern die Gehorsamkeit. Der Sturm wurde von der Parteileitung aufgelöst. Er soll, wie es heißt, neu gebildet werden.

In Eberswalde sind zwei SA.-Stürme untergebracht, der Sturm 81 und der Sturm 82. Bereits vor mehreren Wochen ist es zwischen den Mitgliedern des Sturms 81 und der Parteileitung zu schweren Differenzen gekommen, die damit endeten, daß etwa ein Dutzend SA.-Leute ausgeschlossen wurden. Neuerdings ist es nun wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Sturm- und Parteileitung gekommen. Diese Differenzen sollen dadurch hervorgerufen worden sein, daß die Partei den SA.-Mann Götz, der vor wenigen Tagen vom Eberswalder Schöffengericht wegen schwerer Erpressung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, und dem Truppführer Schimanski, der wegen schweren Einbruchsdiebstahls verhaftet wurde, aus der Partei ausschließen wollte. Die SA.-Leute, unter denen sich solche mit mehrjährigen Zuchthausstrafen befinden, wollten das jedoch nicht annehmen und drohten mit Gehorsamsverweigerung. Als der Sturm 81 nun zu einer Meuterei zusammengetreten sollte, blieb der größte Teil der SA.-Leute der Meuterei fern. Sie stellten an die Parteileitung ein Ultimatum, bei dessen Nichterfüllung sie „Loschlagen“ wollten. Daraufhin wurde der Sturm aufgelöst. Auch innerhalb der Parteileitung selbst ist es zu schweren Differenzen gekommen. Der gemäßigtere und der radikalere Flügel der Partei und der SA. kreuzten sich augenblicklich um den Posten des obersten Führers in Eberswalde. In einer Einigung ist es bisher nicht gelungen, dagegen zu einer Schlichtung zwischen dem bisherigen Führer und drei Unterführern.

Nach auch in der Hamburger SA.

In den nationalsozialistischen Sturmabteilungen in Hamburg ist es, wie zuverlässig verlautet, zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, die zu zahlreichen Austritten von SA.-Leuten führten. So haben sich im Hamburger Arbeiterviertel Bornstedt starke Oppositionsgruppen, insbesondere der SA., gebildet, die in schärfstem Gegensatz zur SA.-Leitung getreten sind, nachdem eine Anzahl von SA.-Mitgliedern zuvor ausgeschlossen worden war. Bei einem Sturmappell kam es nach der Mißhandlung eines älteren SA.-Mannes zu einer schweren Schlägerei, auf Grund deren ebenfalls zahlreiche Austritte erfolgten. Die Ursache dieser Vorgänge wird hauptsächlich daraus erklärt, daß Verurteilungen, die man den SA.-Leuten gemacht hat, nicht eingelöst wurden.

Luetzgebrune rebet große Zöne

Der Verteidiger der SA.-Mörder von Potempa, Rechtsanwalt Dr. Luetzgebrune, erhob in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Völkischen Beobachters“ schwere Vorwürfe

gegen das Beuthener Gericht. Er sagte, man werde den Eindruck nicht los, daß ein Verdachtsurteil ergangen sei in der unbewußten Erwartung, daß die Gnadeninstanz schon die schwersten Folgen der fünfjährigen Hinrichtung abwenden müsse und werde. Verdachtsurteil nennt er den Urteilspruch, weil nach seiner Behauptung gar nicht geprüft worden sei, ob die in die Wohnung des ermordeten Pietzsch eingebrungenen SA.-Banditen auch die Absicht hatten, ihr Opfer zu ermorden. Im Gegensatz zu Hitlers hysterischem Geschrei sagt Luetzgebrune, daß nicht den Geleitzgeber, also nicht die Rotweindner die Schuld an dem Urteil treffe, sondern daß die ganze Verantwortung und alle Folgen die Richter des Sondergerichts allein zu tragen hätten.

Der Verdacht, daß es der Parteileitung nicht so sehr um die fünf verurteilten Opfer ihrer inkonsequenten Mordbeute als vielmehr um die mordpropagandistische Ausschäpfung der Todesurteile zur neuen Aufspaltung der Massen zu tun ist, geht aus dem weiteren Ausspruch Luetzgebrunes hervor, daß der Grabenweg gar nicht in Frage komme. Es handle sich um einen

Wer glaubt an Objektivität?

Der sehe sich diese Urteile an

Dier steht ein Nazi vor Gericht

Stuttgart, 24. August. (Sig. Drahtb.)

Im Ulm wurde im Juli dieses Jahres der 58-jährige sozialdemokratische Stadtrat und Redakteur der „Donau-Wacht“, Goehring, von einem SA.-Mann und mehreren SA.-Leuten angegriffen, unter größtmöglicher Beschimpfung eine Straße entlang verfolgt, mit schweren Stiefeln in den Oberkörper getreten, ins Gesicht und an den Hinterkopf geschlagen und wiederholt schwer mißhandelt. Täter war der SA.-Mann Bloeder, früherer Reichswehrmachtmeister und Verjüngungsanwärter. Das Amtsgericht Ulm schätzte keine Straftaten mit einem Strafbefehl auf Zahlung von — 25 Mark!

— und hier ein Reichsbannermann

Am gleichen Tage gab es in einer anderen Ulmer Stadtgegend einen Zusammenstoß zwischen Reichsbannerangehörigen und dem SA.-Heim Braig. Dabei hatte der 63-jährige Reichsbannermann Kroll dem Braig einen Hieb mit dem Stock versetzt. Kroll behauptete, Braig habe ihm vorher einen Stoß gegen die Brust gegeben, was Braig aber bestritt. Kroll wurde wegen des Strohhiebs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und gleich in Haft behalten. Auch ein Zeuge namens Roth wurde wegen des Verdachts, Braig an dem gleichen Abend auch einmal geschlagen zu haben, sofort in Haft genommen.

Man vergleiche diese Urteile des gleichen Amtsgerichts und man wird einen Begriff davon erhalten, was gewisse Juristen für „Sachlichkeit“ halten!

Anglaubliche Frechheit Freislers

Der Nazi-Anwalt will den Untersuchungsausschuss des Landtages nach Beuthen laden

Das Urteil von Beuthen läßt in Verbindung mit dem Propagandatummel der „Kameraden“ der Mörder auch italisrechtliche Fragen auftauchen, deren Beantwortung den Kommissaren in Preußen einiges Kopfzerbrechen machen. Da in der nationalsozialistischen Kadawanwalt Freisler-Raffel in seiner Eigenhaft als Landtagsabgeordneter zum Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses für Justizangelegenheiten bestellt. Seit ist auch dieser Freisler nach Beuthen gereist, um den verurteilten „Kameraden Mörder“ trotz zu spenden. Darüber hinaus läßt er mitteilen, daß er die Absicht habe, den Untersuchungsausschuss des Landtages direkt nach Beuthen zu laden, um dort eine Nachprüfung des Urteils gegen die Mörder von Potempa vorzunehmen. Gegenüber dieser Annahme läßt nun die kommunistische Regierung Preußens erlauten, sie habe dem Landtag gegenüber keinerlei Verpflichtungen. Sie verdanke ihre Existenz nur dem Reichspräsidenten und dem Artikel 48 — deshalb habe sie nicht nötig, vor dem Landtag oder einem seiner Ausschüsse zu erscheinen, wenn sie selbst es nicht etwa einmal für zweckmäßig halten sollte. Wenn diese Auffassung auch nach dem Zusammentritt des Landtages noch Bestand haben sollte, dann könnte es Arbeit für den Staatsgerichtshof in Biele geben. Aber auch für die Betrübsamkeit Freislers wäre das Verhalten der Preussischen Regierung von einiger Bedeutung. Denn jetzt gänzlich unklar hängt in der Luft, wenn ihm nicht die Ministerien das Material liefern.

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Tramond

55] (Nachdruck verboten)
Nun mußte sie sehen, wie sie sich weiterhalf. Den Boulevard des Italiens entlang gehend, las sie am Fenster eines Modesmagazins: tüchtige, weibliche Arbeitskräfte werden angenommen. Konnte sie sich da hineinwagen? In ihrer abgenutzten Kleidung? Und ihr Gesicht machte einen lächerlichen, resignierten Eindruck — das erkannte sie in der Spiegelwand. Sie zuckte die Achseln; aber sie raffte sich an, trat ein.
Schüchtern wandte sie sich an den erlittenen Angestellten: „Ich komme wegen Arbeit!“ Der blinnte sie mit „aus verzeihter Geringschätzung an. Die ernstlich Bekleidete schenken ihm hier wenig am Plage.
Er deutete auf die Stiege im Hintergrunde: „Angebote im ersten Stock.“
Dort empfing sie eine Angestellte in tollerter Aufmachung, von den Dauerwellen an bis zu den feinen Schuhen; diese zeigte noch größere Mißachtung als unten der Kommissar.
„Bei Marie und Marie haben Sie gearbeitet? Im Panach haben Sie nicht aus. Ihr Zeugnis ist sehr gut! Sicher. Aber Ihr Zeugnis! Wie...“
Sie erzählte ihren Gedanken präzis Formes zu geben. „Ich bin krank gewesen“, erwiderte Louise, „konnte vier Monate nicht arbeiten.“
„A, das Urteil ist vor vier Monaten ausgestellt worden. Seit November sind Sie ohne Beschäftigung?“
„Ich mußte mich erholen; jetzt geht es mir besser... ganz gut.“
Sie war blutrot geworden; ihr zögerliches Wesen löste kein Vertrauen ein. Wenn die andere auch die Wahrheit nicht erriet: sie witterte doch irgendein Verdächtiges dahinter.
Nach fünf Minuten fand sie wieder auf dem Boulevard. Das Geschäft einer frohen Stimmung war verfliegen. Auf sie lag der Druck, den die empfinden, die gewacht werden, daß sie des Rippenschildes verfolgt wird.
Das Entgegengerufen, das sie suchen gefunden, — dieser Argwohn, die ihre schiffe Kleidung musternden Blicke, — sie

mußte darauf gefaßt sein, so überaß empfangen zu werden! Man würde sie immer wieder fragen: „Welchen Erwerb hatten Sie, nachdem Sie Marie Marie verlassen?“ Diese Fragen mußten sich wiederholen. Und jedesmal würde sie dabei verlegen werden! Ihre ähore Erziehung konnte nichts anderes als Mißtrauen erwecken! Schute man sie nicht wie loeben gleich ab, dann würde man Gefühlsfragen einziehen. Welche Adresse sollte sie angeben? Man würde es sicher herausbekommen, daß sie in einem Warenhaus gestohlen und deshalb loeben vier Monate verhaftet hatte. Schöne Empfehlung! Eine Stellung zu finden, darauf durfte sie nicht hoffen...
Wie in einer Vision erkannte sie die ihr beschiedene Zukunft. Hatte sie wirklich ihre Strafe abgehört für das, was sie getan? O nein, — die härteste Sühne blieb noch. Wie konnte sie ihren Lebensunterhalt verdienen, behaftet mit nicht ausatügendem Material, der alle Türen schloß!
Sie war eine Diebin. Dieser Fluch würde sie überaßhin begleiten. Wahnsinn, was! Fleiß sich ein neues Leben schaffen zu wollen!
Wenn sie den Beruf aufgeben würde, von dem sie zu niemand sprach, der einst ihre Finanzquelle gewesen. Konnte sie nicht was Neues unternehmen, dessen sie sich nicht zu schämen brauchte... Wenn man jung ist und den guten Willen hat, dann verhungert man nicht in Paris...
Sie setzte ihren Weg nicht mehr planlos fort, sondern schritt bewußt einem Ziele zu.
Roch der aus Drouot zu wendend, kam sie vor die Mairie des neunten Arrondissements und ging auf die dort aushängenden Angebote zu.
Frauen und Männer kandidierten sie mit den Blicden jener, die noch auf einen günstigen Zufall oder auf die Hilfe der Vorlesung hoffen.
Louise Kenouard mißte sich unter sie.
Kandidatinnen wurden gesucht, Juliaterinnen... junge Mädchen, 14 bis 16 Jahre alt, von den Eltern vorgegeben, zur Ausbildung in kaufmännischen Betrieben unter Aufsicht von Kursten.
Nichts war für sie in Frage gekommen. Man wird nicht über Nacht Kandidatinnen oder Justizterinnen. Sie hatte keine Eltern, die es erlaubten, daß sie sich mit den Einkünften von Bierzechn- oder Schweißjägern begnüge.

Sie ging weg, verzagter als vorher. Sorge drückte sie nieder. Sie wurde hungrig: Es war schon lange her, seit sie am Morgen ihr bescheidenes Frühstück im Heim der Heilsarmee verzehrt hatte. Die Straßen, in denen sie sich erst so wohl fühlte, wie traurig erschienen. Sie ihr jetzt.
Plötzlich erschraf sie.
Dicht an ihr drang eine Stimme:
„Sie suchen eine Stelle, mein Fräulein? Ich kann Ihnen eine beschaffen. — ein Industrieller meines Bekanntenkreises hat mich beauftragt: da wird Ihnen weit besseres geboten, als was sie sonst finden würden. Sie müßte ins Ausland; aber ich denke, das wird Sie nicht stören, wenn die Sache sich lohnt.“
Louise wart einen prüfenden Blick auf das Individuum, das ihr diesen Vorschlag machte.
Es war ein schmachtiger, junger Mensch, mit guter Garderobe ausgestattet, und er hatte einen vertrauenswürdigenden Eindruck gemacht, ohne eine gewisse Verschlagenheit in seinem Lügen. Er redete ein ermutigendes Lächeln auf — betraute, als betrachte er sie als seine Komplizin.
Er täuschte sich, wenn er Louise für naiv und unerfahren hielt. Wenn man aus Saint-Lazare kommt, dann errät man manche Dinge — und wenn sie auch kaum angedeutet werden. Wäße überzog ihr Gesicht. Angstvoll starrte sie den Mann an. Ihr war, als müße sie losplüßen in einen Abgrund springen, der sich plötzlich geöffnet hatte.
Eine Stelle im Ausland! Vielleicht in Buenos Aires, Kairo, oder in einer Hafenstadt der Levante. Möglich, daß dies die einzige Lösung war. Gleichwohl: sie bäumte sich dagegen auf.
Der Zwang der Not hatte sie zur Diebin gemacht. Vielleicht hielt sie aber noch ein anderer wichtiger Grund in der Heimat zurück.
Aus gepreßter Kehle stieß sie hervor:
„Kein, ich danke...“
Der Mann erwiderte grob, achselzuckend:
„Wie es dir beliebt, Kleine! Ich riet Dir zu deinem Besten.“
In zehn Jahren schlägt man Dir so ein Gesicht nicht mehr vor. Du bist auch nicht mehr die Neueste... Du solltest Dich nicht befinden.
Sie flüchtete, rot vor Scham, bestrüzt über die brutale Bemerkung des Aufdringlichen.
(Fortsetzung folgt.)

Spaniens Kampf um die Republik

Der Prozeß gegen die Aufständischen — Monarchistische Wühlarbeit der Monarchisten in der Armee

Madrid, 25. August.

In dem Prozeß gegen den aufständischen General Sanjurjo seine Helfer, der am Mittwoch begann, führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus, daß es sich um ein politisches Verbrechen der militärischen Rebellion im Sinne der einschlägigen Paragraphen des Militärstrafgesetzes handele und das Gesetz keine für dieses Verbrechen nur die Todesstrafe. Der General Sanjurjo behauptete, einer der Gründe, die ihn zur Ausführung eines Planes bewogen hätten, seien fortgesetzte Verleumdungen des Heeres gewesen. Er habe bereits vor 1 1/2 Monaten beim Kriegsminister mündlich dagegen protestiert. Von der Vorbereitung einer Revolutionsbewegung in Madrid habe er nur zufällig (?) Kenntnis erhalten.

In monarchistischen Kreisen wird allem Anschein nach ein neuer Aufstand vorbereitet. In den Nordprovinzen wird nach Meldungen der Linkspresse offen zum Bürgerkrieg gehetzt. Es sei schon alles vorbereitet, und man warte nur darauf, daß der General Martinez Anido die Grenze überschreite. In einem von den Monarchisten unter den Offizieren der Armee verbreiteten Aufruf heißt es, daß sich alle für die unmittelbar bevorstehende entscheidende Aufstandsbewegung bereit halten sollen.

Zodestraf für General San Jurjo beantragt

Madrid, 24. August.

Der Generalstaatsanwalt hat im Prozeß gegen die Führer der Aufstandsbewegung die Todesstrafe für General San Jurjo und lebenslängliches Zuchthaus für die drei übrigen Angeklagten beantragt.

Rabinettsbericht Herriots

über die Ereignisse in Deutschland
Paris, 24. August. (Eigener Drahtbericht.)

Ministerpräsident Herriot hatte für Mittwoch zum Quai d'Orsay einen außerordentlichen Rabinettstrat einberufen, in dem er in der Hauptsache über die Außenpolitik berichtete. Er erörterte dabei, wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, Bericht über die letzten Nachrichten, die über die augenblicklichen Ereignisse in Deutschland eingegangen sind und über ihre möglichen Rückwirkungen auf die deutsche Politik gegenüber Frankreich. Der Text des Communiqués läßt erkennen, daß Herriot sich wohl in der Hauptsache mit dem Reichswehrproblem befaßt hat. Näheres wird man nicht vor Donnerstag erfahren, da für den Vormittag ein weiterer außerordentlicher Ministerrat ins Elisee einberufen ist. Man kann als sicher annehmen, daß Herriot auch über die Rückwirkungen der Beuthener Todesurteile gesprochen hat. Die innerpolitische Lage der letzten Tage in Deutschland wird in Paris mit zunehmender Sorge verfolgt. Man glaubt jetzt schon, wie das Havas-Büro mitteilt, es könne ansetzen, daß man in Deutschland für absehbare Zeit keine parlamentarische Regierung haben wird. Wahrscheinlich werde die Regierung von Papen den Reichstag noch auflösen bevor er überhaupt zusammengesetzt sei und werde dann nur auf Grund des Artikels 48 weiterregieren. Das bedeute natürlich einen Bruch mit der Verfassung, aber angesichts der Zustände in Deutschland sei dies nicht das Wichtigste.

Der „Temps“ betont, daß sich Deutschland sozusagen schon im Zustand des Bürgerkriegs befinde. Man könne sich nicht vorstellen, wie bei der augenblicklichen Erhöhung der politischen Verantwortlichkeiten der Reichstag arbeiten könne. Selbst die notwendige Aufrechterhaltung der Ordnung sei schon eine übermenschliche Aufgabe geworden.

Nach wie vor glaubt die Pariser Presse voraussetzen zu können, daß die Reichsregierung die Beuthener Mörder bestrafen wird. Zwar sei für eine Milde kein juristischer und kein moralischer Grund vorhanden, aber vielleicht werde sich von Papen doch dazu entschließen in der Hoffnung, damit einen letzten Versuch zur Beruhigung und zur Befähigung machen zu können.

Französisch-russische Nichtangriffs- paßverhandlungen?

Paris, 25. August.

Der gestrige Besuch des Sowjetbotschafters Domgalewski beim Ministerpräsidenten Herriot dürfte, wie Echo de Paris meint, wohl der Vorbereitung des bereits Ende August 1931 in Angriff genommenen französisch-russischen Nichtangriffsvertrages gedient haben.

Henri Guilbeaux vor dem Kriegsgericht

Paris, 24. August. (Eig. Drahtb.)

Der pazifistische Schriftsteller Henri Guilbeaux ist am Mittwoch um ersten Male vor dem Kriegsgericht in Paris erschienen. Die Verhandlung verlief recht kurz, denn es handelte sich nur um die Feststellung der Personalien des Angeklagten und die Verlesung der Anklageschrift. Die eigentlichen Prozeßverhandlungen werden erst in drei Monaten beginnen. Für die Zwischenzeit hatte der Angeklagte die provisorische Freilassung beantragt, was ihm jedoch „angesichts der Schwere seiner Straftaten“ verweigert wurde. Einen besonderen Grund für diese Weigerung sah das Gericht darin, daß Guilbeaux sich 1918 als Beamter der russischen Sowjetregierung als Russe habe naturalisieren lassen.

Agrarkonferenz in Warschau

Am heutigen Vormittag wird im Gebäude des polnischen Landwirtschaftsministeriums die Beratung des Arbeitsausschusses des Blocs der Agrarstaaten eröffnet. Beteiligt sind an diesen Besprechungen Vertreter Polens, der Tschechoslowakei, Südschwedens, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns, Estlands und Lettlands. Den Vorsitz hat der polnische Delegierte Adam Kofe, Direktor der Wirtschaftsabteilung im Landwirtschaftsministerium. Hauptaufgabe der Konferenz ist die Beratung über eine gemeinsame Stellungnahme zu den Arbeiten der Kommission für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas, die am 5. September in Lausanne zusammentritt. Die Anregung zu der jetzt in Warschau stattfindenden Konferenz hat bekanntlich Polen gegeben.

Die Sowjetunion und Amerika

In den letzten Tagen erscheinen in den Sowjetblättern immer wieder Meldungen über die angeblich immer mehr zugunsten einer Anerkennung der Sowjetregierung umschlagende Stimmung in Washington. Die offiziellen „Sowjetitia“ veröffentlichten eine Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion, wonach einige höhere Beamte des amerikanischen Staatssekretariats eine Beförderung der amerikanisch-russischen Beziehungen nach der Präsidentenwahl vorausgesetzt haben sollen. Die „Sowjetitia“ sehen sich allerdings genötigt, zu dieser unbestimmten Meldung die Bemerkung hinzuzufügen, daß von einer Anerkennung der Diktatur des Präzidenten Hoover gegenüber der Sowjetunion nichts bekannt sei.

Bracht's Verwaltungsreform vor dem Gemeindeauschuß des Landtages

Der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialisten im preussischen Landtag teilt parteiamtlich mit, daß der Fraktion viele Zuschriften gegen die von dem stellvertretenden Reichskommissar Dr. Bracht verfertigte Verwaltungsreform zugegangen seien. Der Fraktionsvorsitzende habe den Abgeordneten Lohse beauftragt, sofort den Gemeindeauschuß einzuberufen, um die Beschwerden der Bevölkerung zu prüfen „und den Reichskommissar und seine Organe zur Rechenschaft zu ziehen“. Ausschußvorsitzender Lohse habe den Gemeindeauschuß für Freitag, den 26. August, einberufen.

Verbrauchern, den es wahrlich schlecht genug geht in Deutschland, einfach den Vorteil nicht zuzulassen, weil die Junkerregierung den empörenden Einbruch einer Brotpreiserhöhung in jenem Augenblicke fürchtet, in dem die jetzige Preisverhöhungspolitik sich durchsetzen würde. Dann würde nämlich dem Volk bewußt werden, wie die Verbrauchermaßlein trotz der reichen Ernte ausschließlich zugunsten der Junker hochgenommen werden. Daß eine Verküpfung des Brotes längst fällig wäre, zeigt folgende Aufstellung:

	Weizen	Weizenmehl	Koggen	Koggenmehl
	Markt je Tonne	Markt je Tonne	Markt je Tonne	Markt je Tonne
Mitte Mai	275	348	205	207
11. August	211	302	150	236
Preisermäßigung	23 %	13 %	22 %	13 %

Während also die Getreidepreise um 22 bzw. 23 Prozent gesunken sind, sind die Mehlpreise seit Mitte Mai nur um 1 1/2 Prozent gesunken. An den Preisen für Weizen Gebäck ist seit dem Höchststand in diesem Jahre aber überhaupt keine Veränderung vorgenommen worden. Außer in Königsberg und in Frankfurt a. M. hat es auch noch keine Brotpreiserbilligung gegeben.

Wenn die Reichsregierung eine ehrliche Politik treiben wollte, so hätte sie längst auf die Mühen einen Druck ausüben müssen, um die Senkung der Getreidepreise voll in den Mehlpreisen zum Ausdruck kommen zu lassen. Sie hätte dadurch auch den Bäckern die Möglichkeit geben müssen, die Brotpreise entsprechend herabzusetzen. Das wäre eine Politik gewesen, die auch im wahren Interesse der Landwirtschaft gelegen hätte; denn wenn die Massen des Volkes das Brot billiger kaufen können, so können von den Einsparungen beim Broteinkauf mehr Fleisch und mehr Fett gekauft werden. Es wird also auch in der Mehl- und Brotpreiserfrage dieselbe verrückte Politik gemamt, daß man um einen überaus geringen Aufwandsausweis wüßte mit dem Volk in den Städten auch die Landwirtschaft selbst auf die Dauer schwer schädigt.

Diese Getreidepolitik im Kreise muß sich schwer rächen. Wird sie fortgesetzt, dann werden die Verbraucher noch mehr verelenden, das Einkommen der Landwirtschaft wird sich weiter verringern und schließlich wird auch die Getreidewirtschaft, der alle diese Maßnahmen dienen sollten, zusammenbrechen. Die Menschen können einfach nicht alles Getreide, das mit dieser Ernte in Deutschland zur Verfügung steht, bei den jetzigen Kaufkraftverhältnissen aufessen. Und die Bauern sind nicht in der Lage mehr Getreide zu kaufen, nachdem die hohen Futtermittelpreise die Viehbestände so haben zurückgehen lassen. Es ist Verleumdungspolitik für das ganze deutsche Volk in Stadt und Land, die von diesem durch und durch christlichen Kabinett der Junker gemacht wird.

Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen

und damit die Belastung der Gemeinden ist im Monat Juli im preussischen Staatsgebiet weiter gestiegen. Am 31. Juli wurden 1 601 886 anerkannte Wohlfahrtsberwerblose gezählt gegenüber 1 552 131 Ende Juni. Der Juli brachte also wieder eine Steigerung von 3,2 Prozent, die ebenso groß ist wie in den vorhergehenden Monaten. Gegenüber dem 31. Juli v. J. ist die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen um 834 239 oder um 108,7 Prozent gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 41,9 Wohlfahrtsberwerblose.

Die Mantel- und Lohnstarifverhandlungen

in der papierverarbeitenden Industrie drachten kein Resultat. Die Parteien einigen sich daher auf Grund der Mantelstarifbestimmungen, namentlich das Reichsarbeitsministerium zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zu eruchen.

Die Parteiverhandlungen sind gescheitert, weil die Arbeitgeber vor allem in der Neuregelung des Mantelstarifs ungeheure Verschlechterungen durchzuführen wollten, so vor allem in der Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte, in der Ferienfrage und in der Feiertagsbezahlung. Während z. B. bisher der Spitzenlohn für Arbeiterinnen im Alter von unter 16 Jahren bereits nach dem vierten Berufsjahr erreicht wird, soll er nach den Anträgen des Arbeitgeberverbandes in der Folgezeit erst nach dem sechsten Berufsjahr und auch erst dann erreicht werden, wenn die Arbeiterin mindestens 21 Jahre alte ist. Neben dieser Ausdehnung der Staffel wollen die Arbeitgeber auch noch die vom Spitzenlohn zu erreichenden Lohnsätze der Arbeiterinnen wesentlich verschlechtern. In der Ferienfrage wollen sie für die Zukunft nach dem 1. Jahre drei Arbeitstage, nach dem 4. vier und nach dem 6. sechs Ferientage geben. Die letzte Staffelung, die bisher neun Arbeitstage nach dem 10. Jahre vorsah, soll verschwinden. Eine Bezahlung der Feiertage soll nach den Forderungen der Unternehmer in Zukunft überhaupt nicht mehr stattfinden.

Die Lohnkonflikte in der englischen Textilindustrie

haben eine weitere Zuspitzung erfahren. Am Sonnabend mußten die englischen Webereigewerkschaften sich entscheiden, ob der Streik in der gesamten Baumwollweberei am 27. August beginnen soll. Nach den Arbeitsbedingungen muß nämlich zwischen Streitanlegung und Streikbeginn eine Frist von einer Woche liegen. Diese Bestimmung gilt aber nicht für einen Bezirk für Ost-Lancashire. Tatsächlich streift in diesem Bezirk schon fast ein Drittel der englischen Weber. Es ist wahrscheinlich, daß die Gewerkschaftsvertreter von Ost-Lancashire verlangen, daß der offizielle Streikbeginn schon am Montag, den 22. August, festgesetzt wird.

Ebenso unangenehm, wie sich die Webereigewerkschaften in den Lohnfragen und in den Arbeitsbedingungen (die Zahl der von einem Arbeiter bedienten Webstühle sollte erhöht werden), zeigen sich die Spinnereigewerkschaften. Zwar wird noch in der nächsten Woche eine gemeinsame Konferenz der Unternehmer und der Gewerkschaftsvertreter stattfinden, aber es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsvertreter die Lohnabbauforderung nicht annehmen können, zumal nach den Beschlüssen der Reichskonferenz in Ottawa eine Veräußerung der Lebenshaltungskosten in England droht. So ist also zu erwarten, daß in der nächsten Woche in der gesamten englischen Textilindustrie für 400 000 bis 500 000 Arbeiter der Streik beginnen wird.

Für Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes in Ostpreußen

hat der Seebienst Ostpreußen die Schnellschiffslinie Swinemünde—Zoppot—Pillau den um 75 Prozent ermäßigten Jugendtarif ohne die sonst geltende Altershöchstgrenze für gemeinschaftliche Fahrten von Arbeitsdienstwilligen für unwirksam erklärt. — Die erforderlichen Antragsordnungen sind bei den Arbeitsämtern und Gemeindeführern sowie bei den Vertretungen des Seebienstes Ostpreußen erhältlich.

Die Not der Gewerkschaften in Ostpreußen

In Königsberg fand im „Dom Volk“ eine Besprechung der Arbeitslosen statt, in der die gegenwärtigen Unterhaltungsbedingungen als durchaus unzureichend bezeichnet wurden. Es wurde eine Eingabe beschlossen, in welcher um eine Erhöhung der Unterhaltungsätze und besonders um eine Unterstützung der korpulanten Kinder gebittet werden soll.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Gottgewollt?

Getreidepolitik im Kreise — Brotpreiserhöhung darf nicht sein

Die „grundständig neue Staatsführung“ der Regierung der Barone hält viel von ihrer gottgewollten Sendung. Der liebe Gott hat es nun mit Deutschland gut gemeint. Deutschland hat diesmal eine sehr reiche Ernte. Die amtliche Schätzung erwartet 8,1 Millionen Tonnen Roggen gegenüber 6,7 Millionen Tonnen im Vorjahre, 5,2 Millionen Tonnen Weizen gegenüber 4,3 Millionen Tonnen im Vorjahre; ebenso wird die Gerste- und Haferernte nicht unerheblich besser ausfallen. Aber mit diesen Deutschland so wohlgeleiteten Gnadenbeweisen des lieben Gottes ist die deutsche Junkerregierung gar nicht einverstanden. Es werden alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen, um die Getreidepreise möglichst hoch zu halten, obwohl die Landwirte bei einer reicheren Ernte mit niedrigeren Preisen auskommen. Eine reiche Ernte ist ein Geschenk, das auch den Armen etwas bringen könnte, nämlich durch Verbilligung der Lebensmittel. Das aber widerspricht dem Grundgedanken, einem Land für die Armen kein Wohlfahrtsstaat sein darf, sondern nur für die Privilegierten, mit denen Gott im Bund ist. So wird in Deutschland eine Getreidepolitik gemacht, die das Laßte an Unfairheit und Ungerechtigkeit darstellt.

Für den weit überwiegenden Teil der Landwirtschaft wäre der jetzige Roggenpreis von 160 Mark je Tonne völlig ausreichend. Dieser Preis von 160 Mark entspricht nämlich, durch die seitdem veränderten Bedingungen, einem Preis von mindestens 200 Mark im Jahre 1929. Die Produktionskosten sind nämlich gewaltig gestiegen. Es wurden im abgelaufenen Erntejahre weniger künstliche Düngemittel verwendet; außerdem sind die Düngemittelpreise empfindlich herabgesetzt. Die Löhne sind gestiegen, die Zinsen sind herabgesetzt worden, und durch die Hilfe wurde eine teilweise Erhöhung durchgeführt. Dabei ergibt man mangelhaftig jetzt eine um 20 Prozent höhere Ernte. Es ist also glatter Schwachsinn, wenn landwirtschaftliche Organisationen behaupten, daß ein Roggenpreis von 160 Mark je Tonne den Erfordernissen der deutschen Landwirtschaft in keiner Weise gerecht wird. Und das wissen die Landwirte auch

selbst, denn sie würden den Roggenanbau nicht von neuem stark ausgedehnt haben, wenn es anders wäre.

Den jetzt gemeldeten Erweiterungen der Getreideanbaufläche und damit noch größeren zukünftigen Erntelegen stehen auf der anderen Seite erhebliche Einschränkungen in der Viehwirtschaft gegenüber. Das zeigt, wie falsch und einseitig die Hochhaltung der Getreidepreise für die Landwirtschaft auswirkt. Hohe Getreidepreise sind auch hohe Futtermittelpreise; wird unsere immer und immer wieder erhöhte Forderung nach billigerem Futtermittel nicht erfüllt, so wird die mit hohen Preisen künstlich gepöppelte Getreidewirtschaft von der Seite der Viehwirtschaft her gefährdet werden. Der Schweinebestand betrug am 1. Juni dieses Jahres 21,3 Millionen gegen 22,5 Millionen vor einem Jahr und 26,3 Millionen am 1. September 1931. Die Senkung des Schweinebestandes hat die Verwertungsmöglichkeiten des Getreides als Futter für die Schweine sehr stark eingeschränkt. Die Annahme der Ferkel, von denen es jetzt noch 5,5 Millionen gibt, wird bis zum kommenden Winter auf 700 000 geschätzt. Bis es schlachtreif wird, fröh aber jedes Ferkel 8 Zentner Getreide. Danach kann man sich eine Vorstellung machen, wie nachteilig die in Folge der hohen Getreidepreise eingeschränkte Schweinehaltung auf dem Getreideabjaus auswirken muß. Wird die einseitige Erhöhung der Getreidepreise fortgesetzt so wird die Schweinehaltung weiterhin übermäßig eingeschränkt — das gleiche gilt auch für die Fühnerhaltung — und das einzige Ergebnis ist, daß der am Getreideverkauf interessierte Teil der Landwirtschaft durch die unnötige Preispolitik in höchste Notlage geraten wird. So dreht sich die jetzige deutsche Agrarpolitik, die von Kopf bis Fuß nur auf die Junker eingestellt ist, völlig im Kreise.

Die Unjustizigkeit dieser Getreidepolitik wird höchstens noch von ihrer Ungerechtigkeit überhört. Entsprechend den gegenüber dem Frühjahr gesunkenen Getreidepreisen hätten längst die Brotpreise gesenkt werden müssen. Den Landwirten würde das nichts schaden; aber man läßt den

Vereinsportfest der Freien Turnerschaft Breslau e. V.
am Sonntag, den 28. August, Sportplatz Kofeler Wald
 Nach den eingegangenen Meldungen ist vormittags bei den Mannschaftskämpfen und Vorkämpfen zu Lauf-, Wurf- und Sprungübungen, sowie nachmittags bei den Endkämpfen, Langstrecken und Staffeln usw. guter Sport zu erwarten. Am Nachmittag steigt noch um 17 Uhr ein Freundschaftsspiel im Handball Silesia-Riders - FT. Stabelwih. In der Pause des Spiels wird die Hauptstaffel des Straßenlaufs mit 15 Läufern von Mannschaft über 5000 Meter starten.
 Folgende Beteiligungsziffern sind festzustellen:
 a) Mannschaftskämpfe. Schüler: 18, Mädchen: 14, Jugend: 4, Sportlerinnen: 9, Männer: 9, Altersklasse: 3 Mannschaften.
 b) Einzelwettkämpfe. 1. Jugend 100 Meter 5, Jugend 200 Meter 14, Jugend 1000 Meter 4, Jugend 1500 Meter 7, Jugend Speerwerfen 3, Weitsprung 8 Teilnehmer.
 2. Sportlerinnen: 100 Meter 11, Hochsprung 4, Dislus 11, Medizinball 6 Teilnehmer.
 Bei Einzelwettkämpfen, zu denen weniger als 8 Teilnehmer gemeldet sind, finden früh keine Vorkämpfe statt, nur nachmittags laut Programm antreten.
 3. Männer. 100 Meter: 25, 400 Meter: 9, 1500 Meter: 6, 5000 Meter: 4, Weitsprung 14, Kugelstoßen: 12, Stadthochsprung: 5 Teilnehmer.
 c) Staffeln. 4x100 Meter: 7 Jugend, 7 Sportlerinnen, 18 Männer- und 4 Alters-Mannschaften. 2 Mannschaften olympische Jugend und 3 Mannschaften olympische Sportlerinnen. 3x200 Meter: 7 Männermannschaften und 11 Straßenlauf-Staffelmannschaften.
 Die Wettkämpfe beginnen früh 8 Uhr mit den Mannschaftskämpfen der Jugend, Männer-Altersportler und Sportlerinnen. Unkleidegelegenheit für Männer im Eigenpark, ebenso Jugend; in der Halle Kofeler Wald für Sportlerinnen. Wertfächer abgeben!
 Die Schüler- und Schülerinnen-Mannschaftswettkämpfe beginnen erst um 9 Uhr!

Staffel-Lauf. - Einteilung.
 (Start: 14,30 Uhr.)
 1. Jugend: Erster Vorlauf: 2., 4., 12. Abt. und Dels. Zweiter Vorlauf: 5., 7. und Ruderer. Die ersten beiden und die schnellste dritte Mannschaft zum Endlauf.
 2. Sportlerinnen. Keine Vorkämpfe. Es wird A- und B-Klasse gelaufen.
 3. Männer: A-Klasse. 1. Vorlauf: Sil. Rid., 1. 4. und 5. Abt.; 2. Vorlauf: Mattabi, 2., 7. und 12. Abt.; 3. Vorlauf: Ruderer, 9. Abt. und 1925. Die erste Mannschaft von jedem Vorlauf und die nächsten zwei schnellsten Mannschaften zum Endlauf.
 Männer: B-Klasse. 1. Vorlauf: 4. Abt. II, 1925 II, 7. Abt. II, Ruderer II; 2. Vorlauf: 7. Abt. III, Ruderer III, 9. Abt. II.
 In der 3x200 Meter-Staffel für Männer starten: 1925, Mattabi, 1., 2., 4., 5. Abt. und Freie Menschen. In der Hauptstaffel über 5000 Meter: Kanufahrer, Ruderer I und II, 1897, 1925, 1., 2., 5., 6., 7. und 12. Abt. der FTB.
 Die namentliche Vorlaufeinteilung zu 100, 200 und 400 Meter erfolgt im Laufe der Woche in der Sportbeilage dieser Zeitung.
 Mittwoch, 24. August, 18-19,30 Uhr Startnummernausgabe an bekannter Stelle; Startgelder dabei begleichen, restliches Startgeld sonst an der Kasse, beim Sportfest erledigen.
 Vereins- und Abteilungsportleiter! Sorgt für pünktliches Antreten, Vor- wie Nachmittags. Welche Abteilungen können noch Bandmaße und Stednummern zu Wurfübungen zur Verfügung stellen?
Vorkämpfe-Einteilung
 für 100 Meter Männer und 200 Meter Jugend (gegen 11 Uhr gestartet).
 1. Vorlauf: Wilmmer III (5. Abt.), Ubrich (4. Abt.), Freund (Mattabi), Fiebich (2. Abt.), Klose (9. Abt.), 2. Vorlauf: Schmidt (4. Abt.), Günther K. (5. Abt.), Sommer (2. Abt.), Stein E. (9. Abt.), Bromberger (Mattabi).
 3. Vorlauf: Sprung (5. Abt.), Glaser (Mattabi), Großhüh (9. Abt.), Grundmann (1. Abt.), Jüngling (9. Abt.).
 4. Vorlauf: Bierich (5. Abt.), Rasmann (2. Abt.), Braite und Heimlich (9. Abt.), Jüttner (6. Abt.).
 5. Vorlauf: Rudolf (5. Abt.),

Die ersten drei jeden Vorlaufes in die Zwischenrunde; der E. jeden Zwischenlaufs nachmittags zum Endlauf.
 6. Jugend, 200 Meter. 1. Vorlauf: Kettlich (Ruderer), Kugner und Grundmann (2. Abt.), Gellich (1897). 2. Vorlauf: Erg (5. Abt.), Schipke, Mittau (2. Abt.), Günther (1. Abt.). 3. Vorlauf: Hirtmann (1. Abt.), Kofitta (5. Abt.), Rordon (Ruderer), Brühl (2. Abt.). Der Erste jedes Vorlaufs und die zwei nächsten Jettten nachmittags zum Endlauf. - Etliche Desser müssen werden nach Sonntag in die verschiedenen Vorläufe eingeteilt.
 Für 100 Meter Jugend (14-16 Jahre) und Sportlerinnen sowie 400 Meter Männer keine Vorkämpfe.
 Es starten nachmittags zu den angezeigten Zeiten:
 Jugend, 100 Meter: Schöbel und Diekmann (Ruderer), Feinze K. (12. Abt.), Kowalski (2. Abt.), Delsner (1. Abt.).
 Sportlerinnen, 100-18 Jahre: 1. Lauf: Greilich, F. H. Haag (1. Abt.), Kurzbach (2. Abt.).
 Sportlerinnen über 18 Jahre: Kutsche und Kiple (1. Abt.), Schwibber (2. Abt.), Jente (3. Abt.), Wende, Grabich und Dittner (4. Abt.).
 Männer, 400 Meter: 1. Lauf: Hoffmann (5. Abt.), Schö (4. Abt.), Geruth (12. Abt.), Klaus (2. Abt.). 2. Lauf: Bromberger (Mattabi), Kutsche (2. Abt.), Frenzel (4. Abt.), Schuber (5. Abt.).
 4x100 Meter-Altersklasse starten: 1897, 1., 4., 5. Abt., 3x200 Meter Männer: Keine Vorkämpfe. 1. Lauf: 1925, Mattabi, 2. und 4. Abt.; 2. Lauf: Freie Menschen, 1. und 5. Abt.


Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund
 (Fachgruppe der Bauwerkmeister)
 Am Dienstag, dem 23. August 1932, verschied unser langjähriges Mitglied, der **Maurerpoller August Rudnig**
 im Alter von 71 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Fachgruppe Breslau
 Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Halle I, Tor II, des Friedhofes Oswitz. 6606

Deutscher Baugewerksbund
 Am Montag, dem 22. August 1932, verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Maurer August Schmidt**
 im Alter von 72 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau
 Beerdigung: Donnerstag, 25. August, 15 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbchen. 4491

GEBURTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS-TODES- ANZEIGEN
 liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
 Flurstraße 4/6.

Gesetzlich geschützt!



... und ich sage Ihnen auf Ehrenwort, wenn Sie **Herzbergs** **Lebenstropfen** probieren, so werden Sie diese stets im Hause halten, weil sie bei Erkrankung durch Genuß von rohem Obst, Grippe, verdorbenem Magen und Uebelkeit ein wirklicher Wohltäter der Menschheit sind.
 Tausende Anerkennungen liegen vor.
 1/1 Flasche 50% . . . RM 4.00
 1/2 Flasche 50% . . . RM 2.15
 1/4 Flasche 50% . . . RM 1.25
 In Orten, wo noch nicht vertreten, wird Alleinverkauf gegeben
 Alleinige Fabrikanten **Herzberg & Co., Breslau 13**
 Filialen in allen Städten

CIRKUS BUSCH
 Heute Donnerstag ringen:
 Ahrens - Baroty
 Wainer - Sugakoff
 Kolyka - Reiber
 Trinkgeld - Bataglio
 Nagy Sandor - Iwanoff
 8 1/2 / Tel. 29135

Billige Schlafzimmer
 solide Herstell., mod. Formen
Eiche 495, 535, 585, 640
 595, 635, 685, 740
polierte 595, 635, 685, 740
 755, 875, 985, 1100
S. Brandt & Co.
 Gartenstraße 65, I.
 (neben Capitol)

Die kluge Hausfrau
 kauft ihre Lebensmittel nur im **Edeka**-Geschäft,
 da sie trotz billigster Preise die 6% Ka-Rabattmarke erhält, für deren Sicherheit der Edeka-Großhandel Breslau haftet. Außerdem ist kein Geschäftsanteil zu zeichnen, demzufolge ist keinerlei Risiko zu tragen.

Händler kauft auf der Oderstraße
 Besen, Bürsten, Scheuertücher, Pinsel, Putzleder, Seifen, Schwämme, Abstäuber, Fußmatten etc., in unserem Geschäftsfokal
2tes Viertel vom Ring London & Co.
 Preise haben wir zum großen Teil ermäßigt und die Auswahl erweitert.
 G. m. b. H. **Oderstraße 5**
 2tes Viertel vom Ring

Bettfedern kaufen Vertrauenssache
 streng reell u. preiswert in der **Böhmischen Bettfedern-Niederlage Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.**
Kein Laden!

Für viele von Interesse.
 Bei Bedarf von Möbeln, Pianos, Hausgeräten, neu u. gebraucht, wende man sich an den **Volkspeicher**. Ganze Wohn-Einrichtungen, sowie elegante Spiele- u. Herrenzimmer, insbesondere einige prachtvolle Schlafzimmer, gefüllte Birke, ganz mod. Stil, sowie ein großer Posten Einzelmöbel, Chaiselongues u. Sofas kommen zum Verkauf. Baldige Befichtigung empfohlen durch den Lagerhalter des Eisesen Breslauer Möbel-Volkspeicher, **Robert Wilhelm Stache, Berliner Straße 9.**

Schreibergarten-Gelände
 in Breslau-Cawallen, sehr günstig gelegen, billig zu verpachten. Näheres zu erfragen Cawallen-Straße 78.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
 Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Verläufe
Rußbaumchronik
 160 breit, billig zu verkaufen
Mühlerei Fürkenstraße 6

Einfamilien-Landhaus
 3 Zimmer und Küche
 1 Morgen Garten
 evtl. mit Hühnerfarm, im Kreise Trebnitz gelegen, bald und billig zu verkaufen. Offerten unter R. St. 2492 Schließerdorf Trebnitz.

Kleine Anzeigen
 sind kompakt, elegant, empfindliche Anzeigen von Verkauften, Kaufgeboten u. a. nur aus Drucksachen. Drei 3 Dinnege - fast 6 Dinnege
 Herren-Fahrrad, 18 R.M., neu verk. Neue Graupenitz 7. II. II.
 Gebrauchtes Scheant, 1,4 m breit, Preis 15 R.M., verlauf. Gürtler, Wabigstraße 37, IV.
 Gebrauchte Soja u. 3-Möhren Radio-Apparat zu verkaufen. Repp, Gräbchen-Straße 72.

Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Breslau
 10. M. 40/31.
 Straßstraße
 gegen den Redakteur Max Gruschwitz aus Breslau, Goethestraße 40, geboren am 9. Oktober 1892 in Breslau, wegen Verleibigung.
 Das Schöffengericht in Breslau hat am 14. Oktober 1931 für Recht erkannt:
 Der Angeklagte wird wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 250,- (zweihundertfünfzig) Reichsmark, hilfsweise zu 25 - fünfundsanzig - Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der verhängende Teil des Urteils ist auf den binnen einem Monat nach Kenntnis der Rechtskraft des Urteils zu stellenden Antrag der Nebenkläger auf Kosten des Angeklagten je einmal in der „Tribüne“, in der „Volkswacht“ und in den Breslauer Neuesten Nachrichten“ öffentlich bekanntzumachen.
 Sämtliche Exemplare der Nummer 40 des VIII. Jahrganges der Tribüne, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind in dem in § 41 StGB. bestimmten Umfange unbrauchbar zu machen.

Pfänder-Versteigerung
 Am **Donnerstag, dem 1. September 1932, vormittags von 9 Uhr ab,** findet in unserem Versteigerungsraum **Berliner Platz 2** die öffentliche Versteigerung der meist eingelösten Pfänder **rote Scheine bis Nr. 100069** (Gold- und Silberfachen, Brillanten, Schreibmaschinen, Photoapparate usw.) statt.
 Diebstahlstation RM. 10.-
 Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus am Ring 9/11, Zimmer 303, abgeholt werden, anderenfalls diese in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.
 Breslau, den 25. August 1932.
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
 Schuberl. 2438

Zurückgekehrt
Dr. Schmerel
 Friedrich-Wilhelm-Str. 19
Die kleine Anzeige
 die Sie aufgeben mögt, wenn Sie nicht, sondern Sie lernen will, geht in Deine Zeitung in die **Volkswacht!**
 Dort ist sie billiger als in der Zeitung, die Sie nicht mit bringt. Die **Wirkung Erfolg!**

Möbel
 in großer Auswahl zum äußerst billigen **Kassapreis.**
 Versäumen Sie nicht die Gelegenheit, bevor Sie Möbel kaufen, sein groß **Lager** zu beschichten. Nur ganz geringe Spesen, deshalb so billig bei **Israel Eisinger**
 5 Schwarzstr. 5
 unterhalb-Neuse

Die kluge Hausfrau hält die Eiserne Front
 und bleibt trotz aller Rückschläge treue Käuferin in ihrer Genossenschaft **im Konsumverein „Vorwärts“**

Massenprotest gegen das Ohlauer Urteil

Überfüllte Mitgliederversammlung der Eisernen Front verlangt Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetz und Beseitigung der Sondergerichtsbarkeit

Protest gegen das Ohlauer Urteil! Dieser Appell hatte genügt, um die in der Eisernen Front zusammenstehenden Männer und Frauen der Arbeiterschaft gestern abend in Massen zusammenzurufen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses erwies sich als zu klein, um die Tausende aufzunehmen und mancher mußte mit einem beängstigenden Stiefelplätzen vorlieb nehmen oder ganz umkehren, da er überhaupt keinen Platz mehr finden konnte.

Nach einleitenden Worten des Kameraden Zimmer gegen die Art der gegenwärtigen Rechtsprechung nahm Kamerad Rechtsanwalt Foerder das Wort zu seinen Ausführungen über das Ohlauer Sondergerichtsurteil, das angeblich als Sühne für die Ohlauer Vorgänge gelten soll. Sogar die Tatsache, daß die Angeklagten dem ordentlichen Gericht entzogen wurden, kennzeichnet die besonderen Umstände. Die Gesetze unseres gewöhnlichen Rechts sind gar nicht so schlecht und die Strafen sind auch gar nicht so gering, daß sie nicht ihren Zweck erfüllen würden. Kamerad Foerder gab dann ein ausführliches Stimmungsbild über den gesamten Verhandlungsverlauf und mancherlei Eigenheiten dieses Prozesses, dessen überfüllte Voruntersuchung ebenfalls charakteristisch war. Wenn auch der Oberstaatsanwalt der Meinung war, daß alles noch hätte viel schneller gehen können, war es doch eine Zumutung sowohl für die Richter, wie für die Verteidiger, die vorhandenen 150 Aktenstücke in so kurzer Zeit durchzuarbeiten, wie sie bei diesem Prozeß zur Verfügung stand. Eigenartig war auch

Entwicklung der Verhältnisse. Seine mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Ausführungen schloß Kamerad Herrmann mit einem Appell an die Kameradschaftlichkeit, die den verurteilten Kameraden durch soviel Jahre bewiesen werden muß, wie sie hinter Kerkermauern schmachten müssen.

Auch Kamerad Zimmer, der darauf verwies, daß der Begriff Gerechtigkeit anscheinbar geworden ist, forderte Treue für die, die im Glauben für die Republik ins Zuchthaus müssen und erhob unter Zustimmung der Versammlung die Forderung, daß bei einer Nichtvollstreckung des Beuthener Urteils auch das Brieger Urteil nicht vollstreckt werden darf. — Einstimmig nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

Die am 24. August 1932 von mehreren tausend Angehörigen aller republikanischen Parteien besuchte Mitgliederversammlung der Eisernen Front legt gegen das Urteil des Sondergerichts in Brieg in Sachen der Ohlauer Krawalle schärfste Verwahrung ein. Noch nie ist in gleichliegenden Fällen gegen Nationalsozialisten, die wegen Landfriedensbruch oder sonstiger gewalttätiger Unternehmungen verurteilt worden sind, auf Zuchthausstrafe erkannt worden. Das Urteil im Schweidnitzer Prozeß, das uns allen noch in lebendigster Erinnerung steht, sprach als Höchststrafe fünf Monate Gefängnis aus und billigte auch den schlimmsten Rohlingen im Gegensatz zum Brieger

Urteil die Ueberzeugungstäterchaft zu. Wir empfinden diese verschiedenartige Behandlung von Republikanern und Staatsfeinden als Hohn auf die Gerechtigkeit, als Verletzung der verfassungsmäßig verbürgten Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz. Ebenso protestieren wir dagegen, daß mehrere Angeklagte, vor allem der Stadtrat Manche aus Ohlau, nur auf Grund von Vermutungen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, obwohl kein einziger Zeuge diese Angeklagten einer strafbaren Handlung begünstigen konnte.

Endlich protestieren wir grundföhrlich gegen eine Sondergerichtsbarkeit mit ihrer Vernichtung aller Rechtsgarantien, welche die Gesetze sonst Angeklagten gewähren. Die Justizverwaltung mag endlich dafür sorgen, daß auch im ordentlichen Gerichtsverfahren schnell und gründlich gearbeitet werde. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß das Brieger Urteil, soweit es nach dem Empfinden aller ruhig und objektiv denkenden Volkstreue einen Fehlspruch darstellt, im Wege der Strafaussetzung oder eines Gnadenaktes korrigiert wird.

Mit dem Gesang unseres Kampfliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und unserem Kampfruf „Freiheit“ fand die überfüllte Protest-Rundgebung ihren Abschluß.

das Erscheinen eines amtlichen Berichts eine Woche vor Verhandlungsbeginn.

der besonders der „Schlesischen Zeitung“ zu wüsten Uebergriffen Veranlassung gab, die mit dem Inhalt des Berichts nicht das mindeste zu tun hatten. Während man in Brieg die Angeklagten zusammenperschelte und Verhandlungszustände in Aussicht nahm, die man erst nach den Ohnrichtsverfahren verschiedener Angellager reduzierten, legten die Angeklagten, die fast durchweg das erste Mal vor dem Richter standen ein anderes Benehmen an den Tag wie jene 16 Nationalsozialisten, die mit der blutigen Versammlungspredigt in Schweidnitz vor zwei Jahren den Terror in Schlesien zu pflegen begannen. Schon dieser äußere Umstand hatte Veranlassung sein müssen, einen anderen Maßstab als gegen die tobenen Naziongelagten in Schweidnitz anzulegen.

Die berechtigte Frage, was das Verfahren gegen die in Ohlau schuldig gewordenen Nazis bleibt, wurde mit dem Hinweis beantwortet, daß man in dieser Beziehung noch nicht so weit sei. (Marxist!)

Sodann beschäftigte sich der Redner mit dem Urteil, dessen Zuchthausstrafen ganz ungeheuerlich unanmut und nicht erwartet werden brauchten, weil bisher kaum jemals Angekladigte wegen Landfriedensbruchs zu Zuchthaus verurteilt worden sind. Aber noch ein anderer Umstand läßt das Urteil außergewöhnlich erscheinen. Man hat den Beschuldigten die Zuerkennung der Ueberzeugungstäterchaft verweigert, die man den nationalsozialistischen Landfriedensbrechern in Schweidnitz ohne weiteres zubilligte. Ohne in den Fehler der unzulässigen Nazis zu verfallen, verließ Kamerad Foerder in streng sachlich-juristischer Form das Brieger und das Schweidnitzer Urteil. Demals fand man beispielsweise eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten für Thiemann als ausreichende Sühne, obwohl die Urteilsbegründung feststellte, daß dieser Angekladte unmenslich tätig war und in vier Fällen Personen mit Stuhl- und Tischbeinen blutig niedergeschlagen hatte. Selbst wenn man den Ohlauer Reichsbannerführer Bloch diesem Angeklagten in bezug auf die Straftat gleichstellen wollte, bleibt es unerfindlich, warum er zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wird.

Die Aufhebung des SA- und des Uniform-Verbotes seien die Ursachen, die Vorkommnisse, wie in Ohlau überhaupt erst möglich gemacht haben.

Deshalb sei es auch nicht vermessend, zu sagen, daß auf eine andere Anklagebank und vor einen Richterstuhl der Geschichte ganz andere Personen gehören. Hätte sich festgestellt lassen, wer eigentlich die Schuldigen an dem Tod der Nationalsozialisten sind und es hätte sich ergeben, daß diese Personen zur Eisernen Front gehören, dann würde sich irgend eine Organisation kaum für sie einsetzen haben. Unmöglich sei es aber, daß man Angekladte, die man anderer Straftaten beschuldigt, für die unermitteltesten Vorkommnisse büßen lassen will.

Mit aller Sachlichkeit, aber ebensoföhrer Bestimmtheit muß festgestellt werden, daß Urteile, wie das Brieger, nicht geeignet sind, das Rechtsbewußtsein in weiten Kreisen unseres Volkes zu heben. Recht muß Recht bleiben. Wenn man es uns heute verweigert, dann wird man es uns morgen geben müssen.

Nach den heiföhrig aufgenommenen Ausführungen des Verteidigers im Ohlauer Prozeß sprach der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Kamerad Herrmann, noch kurz über die politische Seite des Prozesses. Er wies darauf hin, daß den Herren, die zu Gericht saßen, die Erkenntnis für die Motive der Angekladigten fehlten. Sie glaubten, den Staat, die Republik, gegen Staatsfeinde schützen zu müssen. Wären sie berufsmäßige Schläger und Banditen, dann würde es sie längst nicht mehr in den Reihen der disziplinierten Eisernen Front gehalten haben, dann wären sie lange bei den Nazis. Hätte der Staat in den letzten Zeiten mehr für die Achtung seiner Autorität getan, dann wären die Ohlauer Vorkommnisse sicher vermieden worden, denn dann brauchten die Republikaner nicht um die Republik bangen. Die Richter, die vor Jahren die Verleumdungen und Beschimpfungen republikanischer Führer und Staatsmänner mit 20 Mark Geldstrafe sühnten, das sind die Mitschuldigen an der

Naziotisches von der Stadtrandiedlung

Ein Siedler schreibt uns aus Goldschmieden:

Hier ist ein Maurer, Kattulinski, der unsere Siedlung gebaut hat. Als er hörte, daß die Nazis ebenfalls bauen, ist er gleich Nazi geworden und hat tatsächlich diese Bauten bekommen. Wenn er auf die Baustelle kommt, mißt er immer mit der Hand, wie hoch der Dreck liegt. Das soll wahrscheinlich ein Gruß sein.

Eine Hauptblüte ist der Maurer Putschy, der noch vor der Wahl auf die Nazis getobt hat. Gleich, als er entlassen werden sollte, ist er Nazi geworden und spukt hier große Bogen. Er ist ein gefährlicher Mensch, vor dem sich die Arbeiterschaft hüten soll.

Und heute morgen, am 23. August, kommt der Brunnenbauer Ruch aus Barute. Da war eine richtige Begrüßungsfeier mit hochgehobenen Händen, und gleich wurde die Mörderfahrt am Bauergruß hochgezogen. Wir Republikaner hängten gleich Reichsbanner als Gegenstück heraus, es hat aber bis jetzt weder die Schlesische Landgesellschaft noch die Bauleitung etwas unternommen, damit der Mörderlappen verschwindet. Als ein Republikaner als erster hier einzog und seiner Freude kundgab, daß die Republik das gegebene hat, was er jetzt besitzt, und deshalb die Reichsärden jetzt beschwerte man sich nicht. Und als sogar am Verfassungstage 33 Siedler und 20 vom freiwilligen Arbeitsdienst um 12 Uhr zu Ehren der Republik feiernd machten, da war der Teufel los. Am schlimmsten hat sich ein kleiner Mann namens Reinisch gebärdet.

Nun haben wir bis jetzt hier draußen für Ruhe und Ordnung gejorgt. Man soll nicht versuchen, uns zu provozieren, und auch hier etwa die Randstiedler unter Terror zu stellen. Wir werden uns zu verteidigen wissen.

Aber der Schlesischen Landgesellschaft empfehlen wir, hier nach dem rechten zu sehen, etwaige Ruhestörer oder Antifester zu entfernen, ehe es zu spät ist. Damit wir in unserer neu erworbenen Siedlung in Frieden leben können.

Jetzt erst recht!

Der Kampf geht weiter!

Die drei Pfeile bleiben an unserer Brust!

Unser Gruß bleibt: Freiheit!

Grober Unfug?

Wie wir gestern zu den organisierten Nazimulten vermeldeten, lag bei Redaktionschluss ein amtlicher Polizeibericht noch nicht vor. Inzwischen ist er doch erschienen und enthält, wie nicht anders zu erwarten war, eine eigenartige Beurteilung der Vorkommnisse. Es wurden im ganzen 27 Personen festgenommen, die — man höre und staune — wegen Nichtbefolgung polizei-

licher Anordnungen, groben Unfugs usw. festgenommen und der Abteilung IA zugeführt worden sind.

Da sich einer an, das ist also großer Unfug, wenn sich eine zusammengewürfelte Menschenmenge vor ein Geschäftshaus drängt und Schreien eingeschlagen werden. Was mag dann eigentlich nach dem Begriffen der Breslauer Polizei Landfriedensbruch sein? Wer mag als Uebertreter der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen in Frage kommen?

Wenn ähnliche Krawalle von Eisernen-Front-Leuten oder Kommunisten inszeniert worden wären, da hätte man schon die andere Elle zum Meßen gefunden, die man sich diesmal anseheinend verlegt hat. Da wären sicher auch energiegeladere Offiziere auf dem Plan erschienen, die die Bereitschaften der Schupo anders eingesetzt hätten.

Bei solcher Vorkarbeit der Polizei ist es kein Wunder, wenn von den Nazis angerempelte Republikaner, die eine Bestrafung der Streiche wangen, einen Brief erhalten, wie den folgenden: Der Oberstaatsanwalt. Breslau 5. 19. August 1932. Geschäftsnummer: Sg. 10 J. 7052

Auf Ihren Strafantrag vom 12. August 1932 gegen Kröjin wegen Bedrohung und Beleidigung verweise ich Sie gemäß § 376 der Strafprozeßordnung auf den Weg der Privatklage, da die Verfolgung der zur Anzeige gebrachten Straftat nicht im öffentlichen Interesse liegt.

Es erübrigt sich, über den Begriff „grober Unfug“ noch weitere Betrachtungen anzustellen.

Die Nazis randalierten weiter

Auch gestern abend tobten die „aufbauwilligen Kräfte“ weiter in den Straßen der Stadt herum. Am Hauptbahnhof, in der Gartenstraße, in der Schweidnitzer Straße und am Friedrichhof traten Kolonnen in Erscheinung. Gegen 23 Uhr mußte auch die Bismarckstraße von der Polizei geräumt werden.

IK 6120

Eine Frage an den Polizeipräsidenten

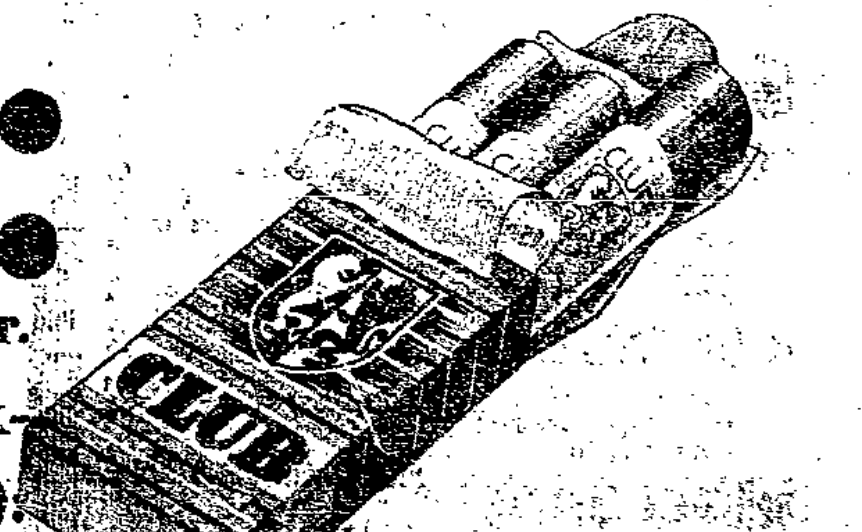
Bekanntlich bedarf jeder Kraftwagen einer polizeilichen Zulassung, damit kein Staatsbürger vergesse, seine Kraftwagensteuer zu entrichten. Im übrigen ist es natürlich Privatangelegenheit des Besitzers, zu welchen Zwecken er den Wagen verwendet. Keine Privatangelegenheit erscheint es jedoch, wenn der begründete Verdacht besteht, daß beispielsweise ein bestimmter Kraftwagen ständig und methodisch zur Begehung gefährlicher Handlungen benutzt wird. Ist in einem solchen Falle die polizeiliche Zulassung nicht revozierbar, ist es dann nicht etwa an der Zeit, im Interesse der vielbesprochenen Ruhe und Ordnung, das unbehinderte Verumfahren eines solchen Wagens durch Sicherstellung zu verhindern?

Der Kraftwagen IK 6120 ist in Breslau gut bekannt, besser gesagt herüföhrig. Ein Lastkraftwagen, der genau nach dem Modell der Polizei-Ueberfallwagen hergerichtet, jeder Morgen zu früher Stunde vor dem braunen Haus in der Neuborstraße zu sehen ist, und von hier aus seine Fahrten durch die schlesischen Lande beginnt. Zweck dieser Fahrten? Landfriedensbruch,

Beachten Sie:

3 CLUB kosten 10 Pfg. und jede dieser sehr guten Zigaretten wiegt 1,25 gr. (Gesetzlich zulässiges Höchstgewicht). Außerdem enthält jede 3 Stück-Packung einen Gutschein für die neuen Bromsilber-Bilder (echte Fotos).

Die schönsten Frauen der Welt



Schlesische Pressestimmen zum Beuthener Urteil

Schlesische Beschwärzung (Soz.): Mein, was sich bisher alles ereignet hat, bis zu den fünf Todesurteilen in Beuthen, das ist schon keine innere Logik. Nur scheint es uns verkehrt zu sein, damit lange bei den kleinen Leuten verweilen zu müssen, die meistens kaum wissen dürften, was sie eigentlich tun. Zielstrebig ist es notwendig und höchste Zeit, daß gegenüber den politischen Drahtziehern zugegriffen wird, den Zeitungsredigern und Beratern, die den planmäßigen Anschlägen des Hasses und der Gewalt. Denn sie sind die wahren Schuldigen, sie haben das alles auf dem Gewissen, — nur sie leider ebenso feige wie schlau, sich jedesmal rechtzeitig zu entfernen und die anderen in der Schlinge hängen zu lassen.

Note aus dem Riesengebirge (Staatsp.): Die Ohlau-er Reichsbannerführer, zum Teil verheiratete Männer, stehen vor schweren und entehrenden Strafen eines deutschen Staatsregimes, dem Zuchthaus aber werden die ober- und niederschlesischen SA-Leute betroffen. Der Spruch des Beuthener Sondergerichts verurteilte sie zum Tode. Wenn nicht im letzten Augenblick von der zuständigen Stelle ein Gnadenakt vollzogen wird, müssen sie eine schwere politische Bluttat mit dem Leben büßen. Welche Wirkungen davon auf die politische Entwicklung in Schlesien, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Die Vorwürfe gegen die Beuthener, wo die Polizei mit Stahlgewehr und Karabinern gegen die oberschlesische SA vorgehen mußte, reben eine deutliche Sprache. Die politische Lage, kaum etwas beruhigt, ist im Augenblick von neuem aufs tiefste aufgewühlt.

Schlesische Tagespost (deutschnational): Das Beuthener Urteil war an die Bestimmungen der Notverordnung gebunden. Die Strafen und Staatsanwaltschaft haben selbst von sich aus schon erkennen lassen, daß, wenn irgendwo, hier eine Gnadenaktion angebracht ist. Es braucht aller Voraussicht nach nicht einmal zu einer Gnadenaktion zu kommen, denn es haben sich mittlerweile Umstände und Zusammenhänge ergeben, die von dem ordentlichen Gericht, das mit dem Wiederaufnahmeverfahren befaßt wird, nach der Urteilsfindung berücksichtigt werden. Dazu gehört in erster Linie einmal der Umstand, daß zwischen Anstifter und Beteiligten neben anderen Gründen ganz besonders deshalb unterschieden werden muß, weil zum mindesten die Anstifter bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden. Dazu gehört in erster Linie einmal der Umstand, daß zwischen Anstifter und Beteiligten neben anderen Gründen ganz besonders deshalb unterschieden werden muß, weil zum mindesten die Anstifter bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden. Dazu gehört in erster Linie einmal der Umstand, daß zwischen Anstifter und Beteiligten neben anderen Gründen ganz besonders deshalb unterschieden werden muß, weil zum mindesten die Anstifter bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden.

„Kattowitzer Zeitung“ (deutschbürgerlich): Mit beispielloser Grausamkeit ist eine Mordtat verübt worden und das Beuthener Sondergericht hat die für einen preußischen Richter selbstverständliche Pflicht erfüllt, die Strafe zu verhängen, die das Gesetz vorschreibt. Das Gesetz — fast scheint es, als sei seine Kraft bereits durch politische Zweckmäßigkeit gebrochen, seine Unberührbarkeit durch politische Leidenschaft verunstaltet. Gibt es doch heute schon Leute, die den „Mord“ der Richter bewundern, die die fünf Todesurteile auszusprechen „wagten“. Die Richter von Beuthen waren Diener des Rechts, sie haben nicht auf die Strafe gehört, die ihnen drohte oder sie anstachelte, sie haben den Fall geklärt und das Gesetz angewandt. Indem sie dem Rechte dienten, haben sie der Sache des deutschen Volkes gedient.

liche Pflicht erfüllt, die Strafe zu verhängen, die das Gesetz vorschreibt. Das Gesetz — fast scheint es, als sei seine Kraft bereits durch politische Zweckmäßigkeit gebrochen, seine Unberührbarkeit durch politische Leidenschaft verunstaltet. Gibt es doch heute schon Leute, die den „Mord“ der Richter bewundern, die die fünf Todesurteile auszusprechen „wagten“. Die Richter von Beuthen waren Diener des Rechts, sie haben nicht auf die Strafe gehört, die ihnen drohte oder sie anstachelte, sie haben den Fall geklärt und das Gesetz angewandt. Indem sie dem Rechte dienten, haben sie der Sache des deutschen Volkes gedient.

„Endlich ein Anfang“

Was sagte die Nazipresse zur Terrorverordnung?

„Endlich ein Anfang“, so schrieb der „Völkische Beobachter“ am 11. August. „Endlich hat sich eine Reichsregierung entschlossen, dem Treiben dieses Untermenschentums die Faust zu zeigen. Wir müssen nunmehr aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit aller Schärfe angewandt werden. Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden, wird auch rasch wieder die Sicherheit der Straße hergestellt sein. Selbstverständlich können auch diese endlichen Maßnahmen der Reichsregierung nur als ein Anfang gewertet werden.“

Fallschirmabspaltung über dem Riesengebirgsstamme

Am Sonntag sprang die bekannte Fallschirmvotolin Lola Schröder als erste über dem Riesengebirgsstamm aus einer Höhe von 1600 Meter ab. Der Abflug erfolgte über der Wiesenhaube, wo ein deutsch-böhmisches Gauernfest stattfand, von einem Motorflugzeug. Der Abflug verlief trotz starken Windes glatt.

Naziterror

In Wolmsdorf, Kreis Völklingen, führen nachmittags gegen 16 Uhr einige Arbeiter ohne Abzeichen oder sonstige als Nichtsachverständigen kennzeichnend, mit Räubern durch, als sie vor nationalsozialistischen Dorfwohnern in Uniform und mit Abzeichen angepöbeln wurden. Die Nazis brüllten „Heil Hitler“ und bombardierte die Radfahrer prompt mit Steinen, als sie auf diesen Gruß nicht entsprechend antworteten. Sowie es bekannt ist, gehört dies in Wolmsdorf bereits zu den ortsüblichen Sitten. Auch Autofahrer sollen in diesem Teil des Kreises Völklingen oftmals angepöbelt werden, wenn sie auf derartige Provokationen nicht reagieren.

Waffen bei der SA

Von der Gleiwitzer Polizei wurde ein Lastkraftwagen, auf dem sich eine größere Anzahl SA-Leute befand und der auf dem Wege nach Beuthen war, nach Waffen durchsucht. Es wurden gefunden: ein Gummitriple, eine gezogene Pistole und eine Revolverpistole. Die Eigentümer konnten nicht ermittelt werden. Der Führer des Kommandos wurde festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht.

Arbeiter-Sport

Europa-Fußballmeisterschaft am 25. September in Dresden

Der Fachauschuß für Fußballspiele der Sozialistischen Arbeiterpartei-Internationale bringt am 25. September das erste Europa-Meisterschaftsspiel auf der Igen-Kampfbahn in Dresden zum Austrag. Damit wird Dresden an diesem, sowie den vorhergehenden Tagen im Mittelpunkt des internationalen Sportinteresses stehen. An der Europa-Meisterschaft beteiligen sich 10 Landesverbände, darunter Deutschland, Österreich, Norwegen, Polen usw. Schon im ersten Spiel treffen die für die Meisterschaft als Favoriten geltenden Landesmannschaften von Tschechoslowakei und Österreich aufeinander. Die deutsche Mannschaft wird aller Voraussicht nach dieselbe sein, die in Gastei Österreich 5:1, Norwegen in Breslau 3:2 und in Waldenburg 10:3 schlug. Der österreichische Verband wird für dieses Spiel gleichfalls die allerstärkste Besetzung entsenden. Der 1. Fußballbezirk Breslau hat die Absicht, zu dieser internationalen Veranstaltung eine „Autofahrt“ zusammenzustellen. Die Fahrkosten Breslau—Dresden und zurück betragen pro Teilnehmer 5 Mark. Die Vorverkaufskarten zum Spiel sowie zu den am Sonnabend, 24. September, in Dresden stattfindenden Veranstaltungsbereitschaften betragen insgesamt 30 Pf. Wir richten an alle, die an dieser Fahrt teilnehmen können, den Aufruf, Rechnungen bis zum 12. September bei Genossen Mahner, Bergstraße 17, abzugeben. Die Autofahrt findet am Freitag, 23. September, abends statt, die Rückfahrt am Sonntagabend. Und nun: Alles rüstet zur Fahrt zum Europa-Meisterschaftsspiel am 25. September in Dresden!

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Sportfest am 28. August

Kampfrichter-Einteilung. Sämtliche Kampfrichter früh 8 Uhr am Sportplatz. Zum Lauf: Starter: Jächle (5. Abt.) und Ahmann (2. Frauen-Abt.). Zeitnehmer: Ohmann: Kurt Friedrich (7. Abt.). Zeitnehmer mit Uhr: Pientny (1897), Griwisch (Kuderer), Schneider (2. Frauen-Abt.), Kojie (7. Abt.), Jüttner (6. Abt.). Sprungübungen Christoph (1897), Scholz (2. Frauen-Abt.), Wache (7. Abt.), Kamas (6. Abt.), E. Sänger, Kluge (9. Abt.) für Weitsprung, Schliepinger (1897), Hühner (2. Frauen-Abt.), P. Schuster (4. Frauen-Abt.), Büttner (9. Abt.) für Hochsprung und Stabhochsprung. Wurfbüchsen: Ehrlich und Krause (1897), H. Schröder und Hani Jerrath (1. Frauen-Abt.), Riste und Pilaget (1. Frauen-Abt.), Schöps-Dels, Winter-Lissa, Steiner (8. Abt.) und zwei Genossen der 1., 2., 3. und 12. Abteilung. Erich Truppel.

Tennissport

Der Tennismannschafts-Kückkampf zwischen der Tennis-Abteilung des F.V. und der Tennis-Abteilung der F.V. findet Sonntag, den 28. August auf den Wäldern der F.V. in Morgenau statt. Da überaus scharfe und äußerst spannende Kämpfe zu erwarten sind, lohnt es sich bestimmt, nach Morgenau zu gehen. Beginn 7.30 Uhr früh.

Fußball

An alle Fußballvereine!

Aus Gründen der Raumersparnis werden die jeweils fälligen Serienspiele für alle Klassen nicht mehr veröffentlicht. Aus diesem Grunde sind die jeweiligen Berichtigungen ganz besonders zu beachten. Die Vereinsleitungen werden ersucht, die nachfolgend zurückgezogenen Mannschaften in ihren Serientabellenhaften zu streichen. Zurückgezogen sind:

Bezirksmannschaften: Sundfeld II, Rapid II, VfB II, Döhnerfurth II, Bruchhildorf II, Alt-Bergel II, Astania II, Riemberg I, Bratislawia III, Roenthal V, Bratislawia IV. In dieser Gruppe spielt an Stelle Bratislawia Schmolz III; Rothföhren III, in dieser Gruppe spielt an Stelle Rothföhren Ransh II.

Jugendmannschaften: Maffelwih I, Jug. Märzdorf I, Jug. Schmolz I, Jug. Cawallen I, Jug. Einheit I, Jug. Union I. In dieser Gruppe spielt an Stelle Union Ohlau I, Jug.

Schülermannschaften: VfL II, Schüler. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß weitere Berichtigungen nicht erfolgen und die Vereine die etwa aus Unachtsamkeit entlassenen Urlosten selbst zu tragen haben.

Bezirksvorstand. Die Spieler Herbert Döhl, Paß Nr. 183 756, Albert Krüger, Paß Nr. 014 034 und Adolf Biedermann, Paß Nr. 732 421, sämtlich „Eintracht“-Maffelwih, sind ab sofort für jeden Spielbetrieb gesperrt. Die Pässe sind sofort an Gen. Walde einzureichen. — Das Mitglied Max Gregor-Bratislawia ist mit sofortiger Wirkung wegen bundesschiedsrichterlichen Verhältnissen aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund ausgeschlossen worden.

Schiedsrichter-Auswahl, Abt. 1, Berichtigungen. Das Spiel 1930 I — Wader I ist um 9.30 Uhr in Maria-Höfchen, 1930 II — Wader II ist 11.15 Uhr Maria-Höfchen. Schiri für 1. Mannschaft 142 für 2. Sparta. — Einheit I und II — Döhl I und II sind 8.30 Uhr und 10.15 Uhr Rotweihplatz Schiri 230 für 1. Bratislawia für 2. Mannschaft. — Das Spiel Döhl I — Bernstadt I in Döhl leitet Schiri Nr. 130. — Rapid I — Ohlau I leitet 109. — VfB I — Sportfreunde I leitet 66 — Cawallen II — Claren-Brandt I um 15.00 Uhr in Cawallen leitet Einheit. Maffelwih II — Falke III leitet um 10.00 Uhr Stern. — Ohlau I, Jug. — Eintracht I, Jug. um 10.00 Uhr in Ohlau leitet Alt-Bergel I. VfL I, Anaben — Schmolz I, Anaben fällt aus und steigt am 25. September um dieselbe Zeit in Gandau. — Union IV — Freiheit III ist um 9.40 Uhr in Deutsch-Wissa, Schiri 1928. — Roenthal III ist um 9.40 Uhr in Deutsch-Wissa, Schiri 1928. — Cawallen I, Jug., Union I. — Einheit I, Jug., Märzdorf I, Schül. — Alemannia I, Schül., Südost I, Jug. — Vorwärts I, Jug., Bruchhildorf I — VfB II, VfL II, Anaben — Südost II, An., Südost I, Anaben — Eintracht I, Anaben, Strehlen III — An., Südost III. Dafür spielt Strehlen III — VfB. III um dieselbe Zeit. Schiri Rothföhren.

Abt. 2, Berichtigungen. Montag, 29. August 20.30 Uhr: Bezirksversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Schiedsrichter erscheinen.

Abt. 3, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 4, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 5, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 6, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 7, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 8, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Abt. 9, Berichtigungen. Freitag, den 2. September: Außerordentliche Bezirksversammlung.

Haushaltsplanberatung für 1931 findet in Rantk erst am Jahresende statt

In der Montag-Stadtvorordnungsung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung durch den Bürgermeister die Einführung des Kaufmanns Seiberlich als Magistratsmitglied an Stelle des ausgeschiedenen Fabrikanten Scholz (3.) vorgenommen.

Zur Annahme gelangten dann die vom Vorsteher Bartel vorgelegenen neuen Statuten für die Geschäftsführung. Die vorliegende Beratung über den Etat 1931/32 mußte unterbleiben, da er wie üblich vom Magistrat nicht vorgelegt werden konnte. Bei Abstimmung über einen von Stadtd. Majunke gestellten Antrag hierzu übte das Zentrum Stimmenthaltung. Der Bürgermeister ver sprach, das Verjämte in kürzester Zeit nachholen zu wollen. Hierauf erfolgte die Verlesung des umfangreichen Entwurfs mit dem Regierungspräsidenten über Festsetzung des Besoldungsdienstalters der städtischen Beamten. Infolge einiger Unstimmigkeiten entspann sich hier eine lebhafte Debatte, wobei besonders kritisiert wurde, daß Anstellungen seitens des Magistrats zum Teil ohne Wissen der Stadtverordneten erfolgt sind. Desgleichen erregte die bei einigen Beamten aus nicht rechtlichen Gründen vorgenommene Zurückdatierung des Besoldungsdienstalters um mehrere Jahre den Unwillen der Versammlung. Ein Antrag bezüglich einer solchen Anstellung wurde einstimmig, ein anderer von Stadtd. Wenerich bezüglich der Einkümmertungen, bei Stimmenthaltung des Zentrums angenommen. Einen weiteren Punkt des Antrages bildete die noch nicht erfolgte Bezeichnung der vor einem Jahre freigebliebenen Besoldungsdienstalters durch einen Jagmann. Dem Magistrat wurde dringend empfohlen, bei Vergebung von öffentlichen Arbeiterstellen und nach alle hierfür in Frage kommenden hiesigen Handwerker zu befragen. Als ein Zeichen für die sich anbahnende Verständigung zwischen beiden städtischen Körperschaften ist zu vermerken, daß der Magistrat neuerdings die nicht im Etat vorgezeichneten Ausgaben der Stadtverordnetenversammlung zur Berücksichtigung vorlegt. Ein Dringlichkeitsantrag des Stadtd. Majunke, den Magistrat um Schaffung eines Ortsstatuts betreffend die Einziehung der Anliegerbeiträge zu ersuchen, wurde einstimmig angenommen. Allgemein bemängelt wurde, daß die „Freiwilligen Feuerwehr“ und der Diakonissen-Station seit langem bewilligten und dringend benötigten Beihilfen von 400 bzw. 750 Mark noch nicht zur Auszahlung gelangt sind. Den Abschluß der ausgedehnten Sitzung bildete eine als dringlich anerkannte Anfrage an den Magistrat über die Verkehrsregelung und Sicherheitsmaßnahmen in den Parkanlagen.

Arbeiterlohn

In der Maltzger Zuckerrabrik trat der 45 Jahre alte Zuckerkocher Johannes Kabe bei Arbeiten an der Transmissionswelle und stürzte aus einer Höhe von 3/4 Metern auf einen Stapel gefüllter Zuckerräder und von diesen auf die Steinfließe. Ein Schädelbruch führte den sofortigen Tod des Verunglückten herbei.

Schädelbruch. Scheunenbrand. Hier geriet nachts eine mit Getreide gefüllte Scheune in Brand. Da Wassermangel herrschte, konnten sich die zur Hilfe eingetroffenen Wehren in der Hauptache nur auf den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken. Die Scheune mit den darin lagernden Erntevorräten von etwa 25 Morgen Roggen, 32 Morgen Hafer, 88 Morgen Weizen und

mehrere landwirtschaftliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache ist auf das Spielen von Kindern mit Streichhölzern zurückzuführen.

Brochan. Einbruch. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch besuchte ein Dieb das Café Krescher. Er drang durch ein Fenster und erbeutete nur einige Mark Wechselgeld, er hatte es wahrscheinlich nur auf Geld abgesehen, da er andere Sachen nicht mitgenommen hatte. Trotzdem er beobachtet wurde, konnte er unerkannt entkommen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumar. Nimpfisch Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau) Zimmer 170-174. Telefon 4968, 5901. Sprechstunden: Dienstag Mittwoch Freitag von 9 bis 18 Uhr.

Beuthen, Sonnabend, den 27. August, 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Spiker. Reichsbannerkameraden müssen daran teilnehmen. Redner: Genosse Herbert Löbe.

Antlitzer Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern (Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Im Bereich der in Mitteleuropa eingeschobenen Kaltluftmassen hat sich teilweise aufsteigendes Wetter eingestellt, nachts aber harter Temperaturrückgang. Da die Luftdruckabnahme abflacht, so ist auch weiter teils wolkiges, teils aufhellendes Wetter ohne nennenswerte Niederschläge zu erwarten. Tagsüber tritt langsam wieder Erwärmung ein.

Wasserdampf für das südliche Flachland und Mittelgebirge: Bei schwacher Luftbewegung teils wolkiges, teils aufsteigendes Wetter, teils aber nur geringer Niederschlag, nachts sehr kühl, langsam zunehmende Tageserwärmung.

Wasserdampf für das südliche Hochgebirge: Bei nördlichen Winden wolkiges zum Teil aufsteigendes Wetter, teils aber nur geringer Niederschlag, etwas milder.

Sonnenaufgang: 4.58 Uhr — Sonnenuntergang: 10.04 Uhr.

Konzerte, Theater, Vergnügungen

Städtisches Theater. „Der Freischütz“ in der Neuinszenierung von Intendant Dr. Georg Hartmann, unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Franz von Döblich, gelangt als Eröffnungsvorstellung der Spielzeit 1931/32 am 1. September zur Aufführung. Die Bühnenbilder hat Prof. Hans Widemann entworfen. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Mittelhuber, Reigner und den Herren Andra, Grim, Hiller, Hühner, Strebel und Wehl. In Vorbereitung befindet sich ferner Heuberger Operette „Der Operndieb“, die am 2. September zur Breslauer Erkaufführung kommen wird.

Hand- und Kopfarbeiter!

! Vergeht nicht, für eure Partei !
! und für eure Presse zu werben !

Zehn Jahre Zuchthaus

für einen Zwanzigjährigen — aber Freispruch am laufenden Band für die Nazis Das Berliner Sondergericht bei der Arbeit

Vom Berliner Sondergericht — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Toll — wurde am Mittwoch der zwanzigjährige Hausdiener Schmidtke wegen Landstrießenbruchs zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt; der Nazi Bidel, der sich nur wegen unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten hatte, freigesprochen. Gleichzeitig sprach das ordentliche Schöffengericht Berlin-Schöneberg 5 Nationalsozialisten, die Kettendämmerleute überfallen haben, frei.

Die Verfolgung in der Nacht

In der Nacht vom 18. August gegen 1 Uhr erfolgte in der Prostauer Straße in Berlin N ein Ueberfall von Kommunisten auf Nationalsozialisten. Die kommunistischen Angreifer gaben mehrere Schüsse ab; niemand wurde verletzt. Nach Abgabe der Schüsse waren die Angreifer geflüchtet. Mehrere der Nationalsozialisten wollten den einen der Schützen erkannte und durch mehrere Straßen hindurch verfolgt haben. Dem Ueberfallkommando gegenüber bezeichneten sie dann den 20jährigen Hausdiener Paul Schmidtke als Täter. Schmidtke bestritt vom Augenblick seiner Verhaftung an jede Schuld. Da sich jeder Teilnehmer an einer Zusammenrottung nach der Rechtsprechung der Sondergerichte als schuldig des Landstrießenbruchs fühlend muß, ergab es sich, daß sich für Schmidtke keinerlei Entlastungszeugen fanden, während gegen ihn nur Nationalsozialisten auftraten.

„Ich bin unschuldig!“

Der Angeklagte Schmidtke erklärte vor Gericht: „Ich kam am 14. August von der Rigaer Straße und hörte in der Prostauer Straße Schüsse fallen. Darauf wollte ich zur Polizei gehen. Aber die Nationalsozialisten waren mit auch schon auf den Fersen, und ich trat in einen Hausflur. Als dann zu dem Zusammenstoß in der Prostauer Straße die Schutzpolizei kam, ging ich hinzu; hierbei wurde ich verhaftet.“ „Haben Sie eine Schußwaffe besessen?“ Schmidtke: „Nein.“ Vorsitzender: „Gehören Sie einer politischen Partei an?“ Schmidtke: „Keiner. Aber mit den Nationalsozialisten kann ich natürlich nicht sympathisieren, weil sie einen Meinungsleiter wollen, daß ich in der Prostauer Straße dabei war und geschossen habe. Ganz früher war ich auch in nationalsozialistischen Versammlungen, später aber nur bei den Sozialdemokraten, der SPD, der Roten Hilfe usw.“

SA-Mann Bidel

Der Angeklagte Bidel erzählte, daß er zur SA gekommen sei, weil er durch sie Arbeit erhalten habe. Auch er bestritt, bei dem Zusammenstoß in der Prostauer Straße dabei gewesen zu sein. Erst als die Polizei bereits am Orte der Zusammenrottung eingetroffen wäre und Waffendurchsuchungen vorgenommen hätte, sei er hinzugekommen. Er wäre das Opfer einer Denunziation; wahrscheinlich handelte es sich bei dieser Denunziation um einen Racheakt. Eine Waffe, die später in einer Garageneinfahrt entdeckt wurde, kamme nicht von ihm.

SA-Zeugen

Die nationalsozialistischen Zeugen erklärten, daß bei Schmidtke trotz der völligen Dunkelheit eine Personenverwechslung nicht in Frage käme. Aber darüber, wo Schmidtke eigentlich geschossen hat, waren sie sich ebensowenig einig wie über andere Einzelheiten. Nur dies war ihre feste Ueberzeugung: Schmidtke hat geschossen — obgleich ihr (20jähriger) Sturmführer leuchtend erklärte: „Als die Kommunisten nochmals herankamen, kommandierte ich: „SA, Pistolens raus! Feuer!“ — Außerordentlich freundlich lagten hingegen die nationalsozialistischen Zeugen für ihren Parteigenossen Bidel aus, der überhaupt keine Waffe besaß und bei dem natürlich eine Verwechslung

lung möglich wäre, sofern er nicht das Opfer einer falschen Denunziation sein sollte. Indes belastete der unbeteiligte Zeuge Krause Bidel aufs schwerste.

„Das Gefühl für Recht und Moral.“

Staatsanwalt Waagner beantragte gegen Schmidtke zehn Jahre Zuchthaus; gegen Bidel wegen unbefugten Waffenbesitzes neun Monate Gefängnis. Beide Angeklagte seien durchaus überführt. Der Staatsanwalt fuhr fort: „Das Gefühl für Recht und Moral ist in außerordentlich bedenklichem Maße abgestumpft, und die bisherigen Urteile der Gerichte haben es nicht vermocht, diesem Gefühl wieder zum Siege zu verhelfen. Der Staat befindet sich in einer Notlage.“ — Der Verteidiger Schmidtkes, der aus dem Felsen-Verfahren ausgeschlossene Rechtsanwalt Litten, beantragte den Freispruch seines Mandanten. Er erklärte, die SA-Leute hätten Gespöster geübt und sich verabredet, einen Falschen zu belasten. Es sei fast gerichtsundig, daß SA-Leute gegebenenfalls vor Gericht falsche Aussagen machen. Im übrigen sei die Beweisaufnahme mangelhaft; das Gericht hätte unbedingt nähere Feststellungen darüber treffen müssen, wer von den Nazis bewaffnet war.

Eine Mutter schreit auf!

Nachmittags um 4 Uhr verkündete Landgerichtsdirektor Toll das Urteil. Schmidtke wurde ohnmächtig; seine Mutter erlitt einen Weinkampf; immer wieder rief sie: „Mein Sohn ist unschuldig! Er hat gar keine Waffe! Ich lag mich zum Zug überfahren...“ In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht keinen Zweifel daran habe, daß die Nationalsozialisten die Wahrheit bekundet hätten. In dem einen Punkt seien die Aussagen jedenfalls nicht verschieden: Schmidtke hat geschossen. Bei Bidel sei indessen eine Personenverwechslung möglich.

Gleichzeitig...

Gleichzeitig verhandelte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg zum zweitenmal gegen drei Nationalsozialisten, die am Abend des 6. März in der Nähe des Hallschen Tors Mitglieder des Reichsbanners und der Arbeiterjugend überfallen und mißhandelt hatten. Die Aussagen der Belastungszeugen waren eindeutig und glaubhaft; in diesem Sinne lauteten auch die Ausführungen des Staatsanwalts, der gegen zwei der Angeklagten drei Monate Gefängnis, im dritten Falle Freispruch beantragte. Als die Beweisaufnahme bereits zu Ende war, erschien, hakenkreuzgeschmückt, der Verteidiger der Angeklagten. Er hielt folgendes klassisches Plädoyer: „Meine Herren! Ich weiß zwar nicht, was vorgefallen ist; aber soviel steht fest, daß die Angeklagten keinen bösen Willen hatten und daß die Angeklagten getan haben, was ein deutscher Mann immer tut: „Sie haben al' Kerle dagestanden.“ Das Gericht lehnt der gleichen Meinung zu sein; es sprach die „Kerle“ frei. Landgerichtsdirektor Ziegel meinte, daß zwar der Verdacht bestehe, daß die Nazis angefangen hätten, da sie in der Ueberzahl gewesen seien — aber die Schuld der Angeklagten sei deshalb nicht erwiesen, weil ihre Belastungszeugen einer gegnerischen Partei angehört und deshalb nicht unparteiisch seien.

Das ist die deutsche Gerichtsbarkeit 1932: wenn Nazis belassen, besteht keine Veranlassung, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln; Zeugen von links jedoch sind „parteiisch“: wenn sie belassen, der wird freigesprochen.

Falschmünzer verhaftet

In Paffrath bei Köln wurden vier Leute verhaftet, die falsche Fünfmarkstücke vertrieben. Darunter befindet sich ein Minder, der voriges Jahr in einem Bruderkreit durch einen Kopfschlag sich selbst das Augenlicht nahm. Bei ihm fand man auch in der Wohnung versteckt zwei Gewehre und Munition. Die Falschmünzerverfertigung selbst konnte noch nicht entdeckt werden. Man vermutet, daß die Verhafteten einer großen Falschgeldorganisation angehören, zumal, wie festgestellt wurde, der Blinde schon seit Monaten Tag für Tag bis fast nach Elberfeld-Barmen hin Falschgeld vertrieben hat.

Feuertbrand in Danzig

In der Maschinenfabrik Witt & Spandjens in Danzig brach gestern früh gegen 12 Uhr ein Feuer aus, durch das eine großer Lagergruppen, ein Werkstatthuppen und die Tischlerei bis auf die Umfassungsmauern vernichtet wurden. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der benachbarten Gebäude beschränken.

Der Europaflug

Nie noch am Europaflug beteiligten Piloten sind am Mittwochabend gegen 8 Uhr in Paris eingetroffen. Im ganzen befinden sich noch 25 Flieger im Felde. Bis gestern galt noch immer als härtester Konkurrent der Deutschen der Pole 3 wirkte. Freitags früh 6 Uhr findet in Paris der Start der letzten Grokelappe Paris-Scandinavien-Berlin statt.

Marcelus Schiffer

Der bekannte Berliner vierzigjährige Schriftsteller Marcelus Schiffer wurde am Mittwochmorgen in seiner Wohnung in der Prenzlauer Bergstraße in Berlin verhaftet. Er hatte am Vorabend eine zu große Dosis Phenodon eingenommen. Die bisherigen Ermittlungen führten zu der Annahme, daß Schiffer nicht, wie zuerst vermutet, Selbstmord beging, sondern Opfer eines Haglades wurde; kein durch übermäßigen Schlafmittelgenuss geschwächtes Herz vertrug nicht die Quantität Phenodon, die Schiffer in sich sammelte.

Der Verstorbenen — seine Frau ist die bekannte Bühnenkünstlerin Margot Lion — hat sich in erster Linie einen Namen durch verschiedene von ihm vertriebene Romane geschaffen. Er verlegte über die literarischen Geschmäcker, man erwartete noch viel von ihm.

Marianne Wintelfeld verurteilt

Am Mittwoch wurde von der Reichsgerichtspräsidentin des Landgerichts Berlin-Mitte die Tänzerin Marianne Wintelfeld wegen jahrelanger Untergang zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Zahlung einer Buße von 500 RM an die Staatskasse erhielt Marianne Wintelfeld geringfügig

eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt. Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

Die Tänzerin war zu ihrer Moabitier Verhandlung extra per Flugzeug aus London, wo sie gegenwärtig auftritt, gekommen. Die Anklage legte ihr zur Last, daß sie am 16. März dieses Jahres in der Kantstraße in Berlin-Charlottenburg durch zu schnelles Autofahren den Tod des Oberingenieurs Oskar Kubloff herbeigeführt hätte. Kubloff war durch den von Fräulein Wintelfeld gesteuerten Wagen zu Boden gerissen worden und so wagnisch gefallen, daß er einen Schädelbruch erlitt. Die Angeklagte versuchte, unterstützt von Rechtsanwalt Brandt, zu beweisen, daß sie an dem Unglück unschuldig sei. Das Gericht folgte ihrer Darlegung nicht.

Opfer des Matterhorns

Drei Studenten aus Sitten (Schweiz) sind am Matterhorn 1500 Meter tief abgestürzt. Alle drei verunglückten tödlich.

Freiheitskämpfer am Grab Briants

Im Grab Briants in Cocherel fand gestern eine Freiheitskämpferpartei, an der über 200 französische, deutsche, amerikanische, englische und amerikanische Kinder sowie Abteilungen französischer und ausländischer Frontkämpferverbände teilnahmen.

Neue Feuerwehrehelme



Die schweren Lederhelme, die bisher von den Feuerwehrleuten bei ihrer heißen Arbeit getragen wurden (links), sollen durch leichteren Kopfschutz Platz machen; der neue Helm (rechts) ist aus Vulkanfaser, einem gepreßten Faserstoff, hergestellt, wiegt nur einen Bruchteil des alten Modells und soll durch seine bessere Anpassung an die Kopfform einen größeren Schutz bieten.

Schwerer Autounfall in Südtiro

Ein Toter, 20 Verletzte.

Bei Mals im Binschtau ereignete sich ein schwerer Autounfall. Eine Person wurde getötet und 20 verletzt.

Ein auf der Fahrt nach Meran befindlicher großer Autobus aus Ravensburg konnte auf der abschüssigen Straße vom Neßbovaherab nicht mehr abgebrems werden, so daß der Führer, um ein größeres Unglück zu verhüten, sich gezwungen sah, den Autobus gegen einen Baum zu steuern. Der Baum wurde wie ein Zündholz geknickt; der Wagen stürzte um. Sämtliche Insassen wurden in weitem Bogen herausgeschleudert. Vier der am schwersten verletzten Personen wurden ins Krankenhaus nach Mals gebracht, wo Paul Schmieb aus Ravensburg bald darauf seinen Verletzungen erlag. Zehn weitere Verletzte wurden ins Krankenhaus nach Meran, die übrigen sieben leichter Verletzten nach Bozen gebracht.

Fest der Privatflieger

Die englischen Privatbesitzer von Flugzeugen haben 80 Piloten aus sechs verschiedenen europäischen Ländern zu sich eingeladen. Außer London sollen noch mehrere andere englische Städte gemeinsam angefliegen werden.

Abgestürzt

Die beiden amerikanischen Ozeanflieger Solberg und Peterson sind in der Nähe von Darby Harbour (Blaconit Bay) abgestürzt, jedoch mit leichten Verletzungen davon gekommen. Ihr Flugzeug wurde schwer beschädigt. Darby Harbour liegt etwa 100 Kilometer südwestlich von Harbour Grace.

Von Gronau in Cordoba gelandet

Nach einer Meldung der Canadian Press ist der deutsche Flieger von Gronau in Cordoba (Mast) um 21.30 Uhr nachmittags (1/7 Uhr m. e. Z.) eingetroffen. Seine Anfunke war durch anhaltenden Regen verzögert worden.

Der englische Polarforscher Watkins tot

Nach einem gestern nachmittag bei der grönländischen Verwaltung eingelaufenen Telegramm des Konsulatsverwalters in Angmagalik hat der englische Polarforscher Watkins am 20. August bei Kajakulka den Tod gefunden. Nähere Angaben fehlen noch.

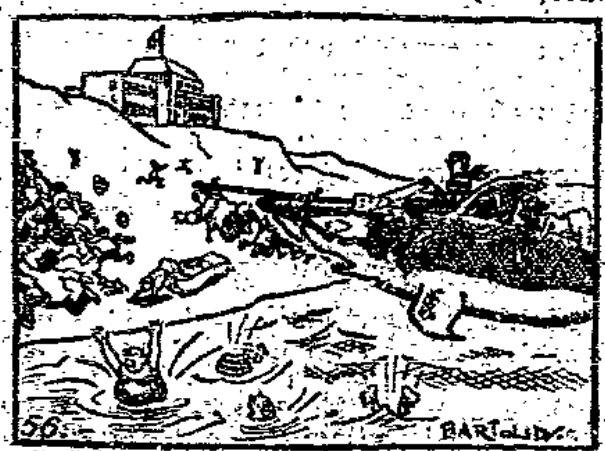
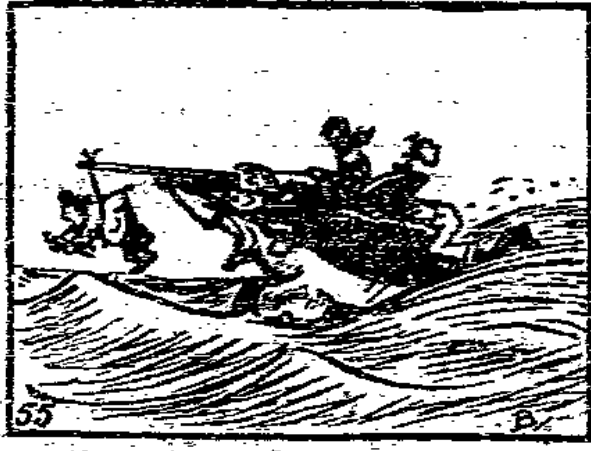
Der Polarforscher begab sich am 20. August in einem Kajak allein auf Seehundjagd. Das Motorboot der Expedition nahm an diesem Tage Kartenaufnahmen vor. Am Nachmittag fand das Motorboot der Expedition den Kajak Watkins mit Wasser gefüllt an der Küste treibend. In der Nähe des treibenden Kajaks fand man die Hufe des Forschers auf einer Eisplatte auf. Die Expedition nahm sofort zusammen mit Grönländern eine genaue Untersuchung vor, die bis Mitternacht und darüber den ganzen nächsten Tag andauerte, doch verließ die Suche nach Watkins bisher erfolglos.

Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Text von T. M.

Zeichnungen von Bartold.

(Nachdruck verboten.)



„Was hat der arme Peter, hat er vor dem wütend hupenden Maul, indem ihm jedes Haar auf dem Kopf vor Angst zittert. Der arme Kropf war totenbleich, aber das mag auch ein Zeichen der Liebe sein. Während nun der Professor mit dem Kajak in der Hand den Weg segelte, lautete der Rausch, an der Lohr reißend, den Hai nach links und rechts. Halb kamen sie zum berühmten Seebad Kufjand an.“

Die Badegäste flüchteten zu Tode erschrocken nach allen Seiten weg. So einen sonderbaren Haijagd hätte man dort noch nie gesehen. Einen der springen konnte. Über der Hai flümmerte sich gar nicht; darum mit einigen Sprüngen befand er sich auf dem Strande und näherte sich den Dünen. „Peter“, rief Peter, „wenn ich nur nicht an den Dünen zerquetschert werde!“